

60 pf
NR. 23
Juli/Augus

Die SPD muß endlich...

- Die Vermögenssteuer wird von 1% auf 0,7% gesenkt.

Die erhöhte Mehrwertsteuer wird für Millionen das Leben teurer machen. Von der Vermögenssteuersenkung werden 600.000 Millionäre und Gesellschaften profitieren - allein dadurch werden 1,5 Milliarden DM weniger da sein - das heißt entsprechend weniger Schulen, Kindergärten, Sozialleistungen. Zählt man die weiteren steuerlichen Vergünstigungen hinzu, so kommen die Besitzer von Großvermögen auf ein Steuererschenk von insgesamt 3,2 Milliarden. Aber Friederichs will wohl nicht hören oder zugeben, daß bereits in der Krise 74/75 über 40 Milliarden den Unternehmen geschenkt wurden, ohne daß ein einziger Arbeitsplatz dadurch neu geschaffen wurde.

Und noch ein weiterer skandalöser Zustand ist kürzlich bekannt geworden: Der Lohnsteueranteil an den gesamten Steuereinnahmen ist von 11,8% im Jahr 1960 auf 31,1% im Jahr 1977 angewachsen. Das Lohnsteueraufkommen des Staates hat sich in diesem Zeitraum vervielfacht,

MIT DEM

KAPITAL

BREITEN

zwei bei dem Steuerpaket mit. Sie waren nicht konsequent genug, um dem ungeheuren Druck standzuhalten, der auf sie ausgeübt wurde.

Zum einen drohte die FDP wiederholt mit der Aufkündigung der Koalition für den Fall, daß das Gesetz nicht durchkommen sollte.

alte Argumente

Zum anderen kamen da die alten Argumente, daß die Unternehmer mehr Anreize brauchen, um zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen und daß das Haushaltsdefizit nur durch Mehreinnahmen aus den Taschen zu stoppen sei. Ein allein der Tradition und den Grundsätzen der sozialdemokratischen und Arbeiterbewegung verpflichteter Bundestagsabgeordneter könnte darauf nur eines sagen:

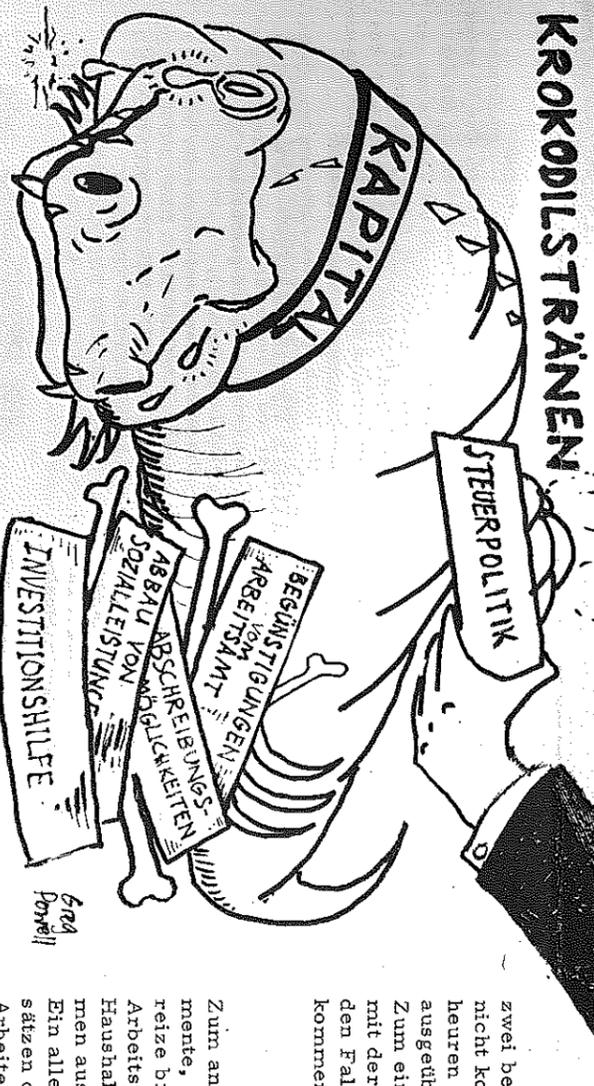
Unsere Partei ist nicht in der Regierung, um mit der Unternehmergebiet FDP gemeinsam CDU-Politik zu betreiben. Mit dieser Politik schreckt sie noch mehr Wähler ab und treibt manche in die Arme der CDU, weil sie sich sagen, es ist ohnehin egal, was ich wähle. Mit dieser Politik treibt sich die SPD selbst in die Opposition. Unsere Partei muß im Bundestag vor aller Öffentlichkeit deutlich machen, daß sie dieses Spiel nicht mehr mitmachen will und die FDP vor die Wahl stellen, indem sie einen Gesetzentwurf im Bundestag einbringt, der die Verstaatlichung der Großkonzerne und Großbanken unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung zum Ziel hat. Sonst könnte die SPD deutlich machen, daß sie auf der Seite des kleinen Mannes steht. Sie könnte eine Andlösung des Bundestages und Neuwahlen erzwingen, bei denen eine absolute Mehrheit zur Durchführung eines sozialistischen Programms sicher wären.

leere Staatskasse

Warum klagt denn der Finanzminister immer über leere Staatskassen? Die

Die Reichen können sich die Hände reiben: Sie sind noch reicher geworden. Auch im Jahr 1976 sind die Einkommensunterschiede zwischen den Selbständigen- und Arbeitnehmerhaushalten noch größer geworden. So jedenfalls hat es das unternehmerfreundliche Institut (D.I.W.) ermittelt. Demnach nahm das Gesamteinkommen der Selbständigen 1976 gegenüber 1975 um 13% zu, während das Gesamteinkommen aller Arbeitnehmerhaushalte nur um ganze 3% angestiegen ist - und das bei 4% Inflation (bei vielen Lebensmitteln noch mehr), erhöhten Preisen, Gebühren und Abgaben überall. Reich kann man als Arbeiter wirklich nicht werden.

Nach den Zahlen des D.I.W. lag das durchschnittliche Nettoeinkommen der Selbständigen bei DM 6.565, -- monatlich. Wer jetzt aber einmal bedenkt, daß die Masse der Selbständigen (Bauern, kleine Kaufleute, Ein-Mann-Handwerkbetriebe) eher darunter als darüber liegt, der kann sich vorstellen, wie man aus einer Fabrik mit vielleicht einigen Hundert oder Tausend Arbeitskräften Geld scheffeln kann.



— ER FRISST UND FRISST UND WIRD NICHT GLÜCKLICH...

Ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt bringt jedoch laut D.I.W. monatlich DM 2.300, -- zusammen. Aber welcher Arbeiter bringt schon diese Summe im Monat zusammen, wenn nicht durch Überstunden oder die Mithilfe der berufsständigen Frau? Seit nunmehr fast 8 Jahren steht die SPD an der Spitze der Bundesregierung. Acht Jahre müßten eigentlich ausreichen, so wird sich mancher Arbeiter denken, um eine "gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung" anzupacken - wie es im Godesberger Programm der SPD von 1959 gefordert wird.

Steuerpaket

Doch es kam anders, als wir alle gehofft hatten. Die wenigen Millionäre und Reichen können weiterhin optimistisch sein. Sie haben es wieder einmal geschafft, um ein Schnippen zu schlagen. Über ihre Interessensvertreter in der Bundesregierung (die FDP-Minister) setzten sie ein neues Steuerpaket durch, das ab 1.8.78 der breiten Masse noch mehr Opfer abverlangt.

- Die Mehrwertsteuer wird von 11% auf 12% heraufgesetzt.

ÜBER

ARBEITSKRÄFTEN

Welches Programm für Jusos? S. 4, 5
Lücke? S. 6
Ausbeutung 1977 S. 7
Lehrlingsprobleme S. 3, 7
Mitbestimmung ohne Kapital S. 8
Interviews
SPENDENAUFRUF für die Belegschaft von MAN Halaburg

VORAN

VORAN: zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Jusos und Gewerkschaft
Erscheint seit Dezember 1973
Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Kontonummer: Postcheckamt Essen,
H.G. Olinger, 170 20 433
Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Olinger

UNSER STAAT ?

Die liberalen Zeitungen, die meisten Politiker und natürlich die Unternehmer behaupten dauernd, daß der Staat und die Geschichte "neutral" seien und weder die Arbeitnehmer noch die Arbeitgeber begünstigen würde.

Aktive Gewerkschafter müssen jedoch mehr und mehr erfahren, daß dies Märchen sind. Sie spüren deutlich, daß Gesetze und Gerichte auf der anderen Seite stehen. Denn es gab schon genügend Beispiele für den Einsatz von Polizisten gegen Streikposten und gesetzlich und gerichtlich bestätigte Rauschmissive von Aktiven Gewerkschaftern, Vertrauensleuten, ja selbst Betriebsräten.

Und wer etwas in der Geschichte der Arbeiterbewegung nachblättern, der wird feststellen, daß die Unternehmer immer dann, wenn sie nicht mehr weiter wissen, den Staat mit seinen Gerichten, Organen und seiner Polizei zu Hilfe rufen.

Gegenwärtig läuft offensichtlich ein neuer konzentrierter Versuch der Bosse, um zu testen, wie weit sie gehen können. Wie die FAZ v. 22. 7. 77 berichtete, hat das Kieler Landesarbeitsgericht ein Urteil gefällt, wonach die IG Metall in Zukunft ihre Zeitschrift "Metall" nicht mehr im Betrieb, auch nicht außerhalb der Arbeitszeit, an ihre Mitglieder verteilen darf. "Die Richter meinen, daß der Inhalt dieser Zeitung die der gewerkschaftlichen Informations- und Werbetätigkeit gesetzten Schranken überschreite. So ist es "nicht unüblich bei deutschen Gerichten", meinte ein hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär auf unsere Anfrage hin. "Es ist die Aufgabe der Justiz, diese Gesellschaft zu verteidigen." Was aber - und in letzter Zeit immer häufiger - "im Namen des Volkes" (als ob das Volk nur aus Unternehmern besteht) ausgesprochen wird, kann sich kein aktiver Gewerkschafter gefallen lassen.

Es ist aber auch eine alte Erfahrung der Arbeiterbewegung, daß die Anwendung von Gesetzen nicht von den Paragrafen, sondern von dem Kräfteverhältnis zwischen Belegschaft und Firmenleitung im Betrieb und den gesellschaftlichen Klassen allgemein abhängt.

Je mehr das Kapital jetzt aber im tagtäglichen Kampf gegen die Arbeiter den Staat, die Gerichte und die Polizei zu Hilfe rufen wird, desto mehr werden auch die gewerkschaftlich organisierten Kollegen zu der Schluffolgerung kommen, daß der gewerkschaftliche Kampf direkt hochpolitische Fragen aufwirft.

Viele Kollegen werden auch erkennen, daß sie noch so sehr für Lohnerhöhungen kämpfen und diese sogar durchsetzen können, aber der Staat ihnen diese Zugeständnisse wieder wegnimmt und den Unternehmern das wieder zurückgibt, was sie den Arbeitern ("zurück") gegeben haben.

Die notwendige Schluffolgerung: Wie in allen Zeiten läßt sich alles wieder zurückführen auf den politischen Kampf von Klasse gegen Klasse. Dieser Kampf wird sich - von den kleinen Problemen und Auseinandersetzungen am Arbeitsplatz bis hin zu Massenelassungen, Streiks und Aussperrungen auf Bundesebene - in den nächsten Jahren verschärfen und wegen der zunehmenden Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse werden die Unternehmer von ihrer Verfügungsgewalt über die Justiz Gebrauch machen. Dem entgegen zu treten bedarf der breiten und energischen Mobilisierung der deutschen Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung. Gerade diejenigen, die so oft vom "freiheitlich demokratischen Staat" reden, machen langsam ihre Schminke ab. Sie verlangen nur eins von den Gerichten - daß sie in ihrem Sinne handeln. Wir müssen unsere Rechte politisch und gewerkschaftlich erkämpfen. Und dies werden wir auch noch tun.

Lebensabend in einer Bruchbude

"ICH HABE MEIN GANZES LEBEN NICHT DAFÜR GEARBEITET, UM DEN REST MEINER LEBENS IN EINER BRUCHBUDE ZU VERBRINGEN"

von unserem Ruhrgebietskorrespondenten

Wenn von sozialer Sicherheit in Bonn die Rede ist, so preist die SPD-Führung meist die "wertvolle, ja unentbehrliche Leistung der freien Verbände, die durch karitative Arbeit die staatlichen Einrichtungen ergänzen oder ersetzen". VORAN beschreibt seit Jahren man gelhafte Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen und beweist, daß Kuratungen im Sozialstat - also im Bildungsbereich, Wohnwesen, Krankenhäuser usw. - Arbeitnehmerfamilien hart treffen.

Wir sprachen im Ruhrgebiet mit einem Krankpfleger, der in einem Alter- und Pflegeheim arbeitet, das von der Kirche getragen wird. (Den Kollegen und das Heim nennen wir hier nicht, da mit Repräsentation von diesen "christlichen Herren" zu rechnen wäre.)

VORAN: Wie viele Menschen sind im Heim? Wie werden sie untergebracht?
"Wir haben ca. 70, davon Hegegen 2/3 in 3-Bettzimmern. Das ist entschieden zu viel, weil die Zimmer ja nur 20 bis 25 Quadratmeter groß sind. Wenn drei Betten drin stehen, haben die Patienten überhaupt kein Privatleben. Wir haben so ein Drittel Heimplätze; die Pflegefälle sind alle auf 3-Bettzimmern."

VORAN: Wie hoch ist der Pflegesatz pro Woche?
"Es kostet zwischen 1200 und 800 Mark im Monat, wenn man als Pflegefall gilt. Für das Geld, also über 50 DM am Tag, könnte man in einem feinen Hotel leben - mit richtigem Service. Die Patienten kriegen für ihr Geld sehr wenig. Wenn sie Fernseher oder Radio auf den Zimmern haben wollen, dann müssen sie die Geräte selbst beschaffen."

VORAN: Wie ist die medizinische Versorgung im Heim?
"T'sche, für den Notfall ist nichts da. Es gibt keine Sauerstoffflasche, nur Spraydosens. Die Geräte sind alle schrottreif. Das Blutdruckgerät haben wir geschenkt bekommen. Die Betten sind primitiv, sie haben nur Kopfstützen, aber sonst kann man sie gar nicht verstellen. Ich möchte nicht den ganzen Tag in so einem Ding liegen."

VORAN: Wie können die Patienten so viel bezahlen?

SOZIALHILFE

RENZ DES EXISTENZMINIMUMS

Durch eigene Erfahrung weiß ich jetzt, was es heißt vom Sozialhilfesatz leben zu müssen. Als meine Arbeitslosenunterstützung abließ, stellte ich einen Antrag auf Arbeitslosenhilfe. 10 Tage später wurde ich auch noch krank. Die Folgen kann man sich schon ausrechnen:

1. Der Antrag war noch nicht bewilligt
2. Die Krankenkasse zahlt kein Krankengeld, weil sie nicht weiß, in welcher Höhe die Arbeitslosenhilfe bewilligt wird.

Dadurch blieb mir nichts anderes übrig, als das Sozialamt aufzusuchen. Dort stellte ich einen Antrag auf Überbrückungsgeld, das in der Höhe dem Mindestsozialhilfesatz entspricht, z. Zt. DM 293, -- zuzüglich Wohn-geld.

Wenn ich von diesem Betrag von DM 293, -- meine monatlichen Kosten von Wasser, Stromkosten, Telefongebühren und die Kosten meines Ratenparavertages abzähle, bleiben mir noch DM 133, -- um zu leben, das sind DM 4, 30 am Tag.

Aber mit DM 4, 30 pro Tag ist kein Leben möglich. Ich habe es selbst kennengelernt, daß dadurch meine sozialen Kontakte allmählich zusammenbrechen. Ich kann nicht mal in die Kneipe gehen, um ein Bier zu trinken, und ich kann auch nicht mal ein paar Freunde einladen, weil die Bewirtung für mich eine viel zu große finanzielle Belastung darstellt.

Durch die Sozialhilfe ist man gezwungen, ein Leben in der völligen Isolation zu verbringen.

Dies ist nur ein Einzelbeispiel, in meinem Fall wird sich die beschriebene Situation auch wieder ändern. Aber in der BRD leben 2.153.000 Sozialhilfeempfänger (Stern Nr. 12/77). Ich finde es ist ein - wie ich selbst erfahren habe - menschenwürdiges Leben, das nur dadurch geändert werden kann, daß man den Sozialhilfesatz dem allgemeinen Lebensstandard anpaßt. Meiner Meinung nach sind das mindestens DM 1.300, -- (inkl. Miete).

Anne Linski

"Der Patient zahlt so viel wie möglich - seine Rente wird praktisch abgezogen. Das Sozialamt - also der Steuerzahler - zahlt den Rest. Es gibt ihm auch so knapp DM 140,- im Monat als Taschengeld zurück. Ich habe mit den Patienten darüber gesprochen. Einer, der über DM 1.700,- im Monat zahlen muß, sagte mir: "Für das Geld ist alles Scheiße hier. Für drei Personen sind die Zimmer zu klein, und sie sollen mal tepezziert werden. Die Betten könnten weggeworfen werden, und die Matratzen sind unter aller Sau. Es ist eine Schweinerei wie das Badezimmer aussieht - der Putz kommt von der Decke, die Kacheln sind aus der Badewanne gebrochen." Er erzählte mir, daß er seit zwei Jahren im Heim ist. Seitdem ist die Glasscheibe im Fenster gesprengt aber niemand kümmert sich darum."

VORAN: Wieviel verdient das Personal?
"Ja, ein Ungelentler - so wie ich - der bekommt zwischen 1000 und 1200 netto. Von den 11 Angestellten sind 8 ungelent. Also es liegt nicht an den Löhnen, daß das Heim so teuer ist. Ich habe es ausgerechnet - das sind im Schnitt ganze sechs Mark pro Stunde, obwohl man bei der einen Schicht sieben Tage hinter-einander arbeiten muß. Außerdem gibt es nicht genug Personal - die sparen auch dort. Wir haben im Schnitt 1 1/2 Mann pro Station. Es müßten aber mindestens 3 Mann sein, wenn



VORAN: Was müßte noch anders gemacht werden?
"Es muß alles verändert werden. A das Ganze ab-rufen, damit ein Neuen kann. Ein Altenheim ist es nicht."

Britische Jusos

Wie in jedem Jahr über Ostern trafen sich auch diesmal wieder etwa 2.000 Schüler, Studenten und Jungarbeiter zur 16. Konferenz der englischen Jungsozialisten (I.P.Y.S.)

Beindruckt war ich zunächst von dem hervorragenden Demokratieverständnis der YS (Young Socialists, englische Jungsozialisten). Dieses zeigte sich zum Beispiel darin, daß die Diskussionsbeiträge bevorzugt zu Wort kamen, die der Mehrheitsposition um die Zeitung MILITANT widersprechen.

So wurde auch ein Minderheitsdokument in die Antragsliste aufgenommen, obwohl die Leute der Gruppe, die den Antrag stellten, nicht ins nationale Komitee gewählt worden waren und sie zudem noch die Einreichungsfrist verpaßten.

Eine derart stets offen gehaltene und organisatorisch so gut geplante Diskussion hatte ich bei den deutschen Jusos noch nicht erlebt.

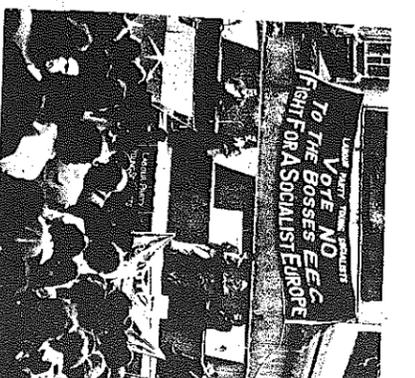
Doch war dieses hervorragende Demokratieverständnis längst nicht das einzige Beindruckende. Sehr stark beeindruckt hat mich das Auftreten der YS und das klare gut verständliche Programm, dessen Forderungen eine wirkliche Perspektive darstellen.

Zunächst zum Auftreten der YS. Sie präsentierten sich im Gegensatz zu den Jusos als etwas harmonisches Ganzes. Dies ist dadurch bedingt, daß weit mehr als 70 % der YS hinter dem jetzigen Programm stehen. Des weitern machen die YS keine strikte Trennung zwischen Theorie und Praxis, wie das häufig bei Jusos zu beobachten ist, die ab und zu auf ihren Theorie-Trip gehen, um über total abstrakte Themen, die sich 10 Meter

über dem Boden des tatsächlichen Gehens bewegen, zu diskutieren. Die Theorie als Arbeitsanweisung für praktische Handeln, da die Theorie Praxis abgeleitet ist. Dadurch bekommt praktische Arbeit und die Forderung Programms einen klar ersichtlichen Gehang.

Nur durch ein solches Auftreten, nur ein solches Programm kann man Junger und Arbeiter für den Sozialismus gewinnen (wie in England geschehen: 2/3 sind Jungarbeiter!).

Die wichtigsten Forderungen der YS: VERSTÄTLICHUNG DER GROßKAPITALE, BANKEN, VERSICHERUNGEN, ROHSTOFFLIEFERANTEN, VERWALTUNG UND KONTROLLE BETROFFENEN, BETRIEBE DURCH

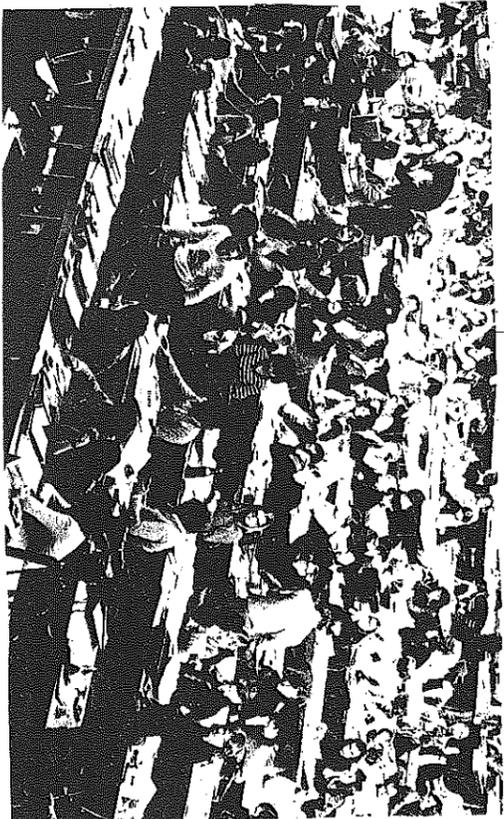


SICHTSRÄTE, DIE ZUSAMMENGESEHND AUS: 1/3 Vertreter der Belegschaft, 1/3 Vertreter der Regierung und 1/3 Vertreter der Gewerkschaft.

Diese Forderungen erscheinen mir als einzige wirkliche und richtige Perspektive. Denn sind diese Forderungen durch eine ganisierte Arbeiterbewegung erst einmal durchgesetzt, dann ist dem Kapitalismus entscheidende Tritt versetzt. Die Tür ist eine gerechte Verteilung der produzierten Güter, für einen ausreichenden Lebensunterhalt für alle, für einen wirklichen Sozialismus stood sperrangelweid offen (steht sperrangelweit offen).

Martin Schbach, Jusos-AG Gießenheim

SPD-BASIS IST WACHER GEWORDEN



Innerparteiliche Zensurversuche im Unterbezirk Waldeck-Frankenberg

Die Jungsozialisten im Unterbezirk Waldeck-Frankenberg führten im Rahmen des hess. Kommunalwahlkampfes 1977 Veranstaltungen zum Thema "Energieversorgung: Atomenergie - ja oder nein?" durch. In den Versammlungen wurde der Wunsch der Teilnehmer deutlich, näher- etwa durch eine Broschüre-informiert zu werden. Die JUSOS kamen die- higen Informationsschritt zur Kernenergie nach. Diese Schritt sollte vor allem der Mei- nungsbildung innerhalb der Partei dienen. Eine Aufarbeitung dieses Problems erschien um so notwendiger, als die führenden Reprä- sentanten unserer Partei im UB auf dem An- fehung Mai durchgeführten UB-Parteitag ihre Unkenntnis auf diesem Gebiet beispielsweise dadurch unter Beweis stellten, in dem sie Kernfusion und Kernspaltung verwechselten. Diese Genossen die über Kernenergie nicht informiert sind, versuchen nun, das von dem JUSOS zum Druck vorgelegte Papier der Parteiführerschaft und interessierten Bür- gen vorzuenthalten, indem sie die Drucker- laubnis verweigern. Begründungen: Die in dem Papier enthaltenen Forderungen nach Verstaatlichung der Energieerzeugung unter Arbeiterkontrolle und die Verurteilung der Zusammenarbeit einiger Gewerkschaftsfun- ktionäre mit der Atomindustrie im Deutschen Atomforum.

Auch auf unterster Ebene lernen manche SPD-Funktionäre vom Verhalten des Geschäftsgeschäftsführers Bahr. So versuchen einige

UNGELERNT und AUSGENUTZT

Eine Verkäuferin erzählt

Nach dem Schulabschluss machte ich eine Leh- re als Friseurin, die ich aber nach 2 1/2 Jah- ren abbrach. Im Friseurgewerbe stehen Ar- beitsbedingungen und Arbeitszeit in keinem Verhältnis zum Verdienst. Im heutigen System sind die Handwerkerberufe immer noch unter- bezahlt. Mein Vater beispielsweise ist schon 24 Jahre als gelernter Anstreicher im Beruf und verdient ganze DM 1.200, -- netto. Eine ausgebildete Friseurin kommt auf DM 800, -- bis DM 850, -- netto Anfangsgehalt. Steigern kann sie ihr Einkommen nur durch Schwarzar- beit oder Weiterbildung.

Erst nach 5-6 Jahren als Geselle kann man an die DM 1.000, -- netto herankommen. Diese schlechten Aussichten waren für mich der Ausschlag, um schließlich nicht mehr in den Beruf zurückzugehen. Ich hatte gehelratet und war 4 Jahre lang aus dem Beruf heraus gewesen. Wenn man da nicht am Ball bleibt, ist es ohnehin aus. Da meine Lehre nicht abgeschlossen war, gab es zwei Möglichkeiten: Entweder hätte ich das dritte Lehrjahr nach- machen sollen, in einer übertrieblichen Lehr- werkstätte in Wuppertal, dafür aber nichts verdient, oder es blieb mir nur, in einen Ber- uf als Ungelernte reinzugehen, wo die Ver- dienstmöglichkeiten sehr gering sind. Ich ver- diene laut Tarif im dritten Berufsjahr 4,97DM brutto pro Stunde. Das wird von Firma zu Fir- ma verschieden gehandelt, denn ich habe zum Beispiel in einer anderen Firma gleicher Grö- ße wegen einer sozialen Notlage 5,64DM pro Stunde verdient.

Bei uns ist die Gleichgültigkeit unter der Be- legschaft über Lohnerrhöhungen groß, weil die meisten Teilzeittkräfte sind. Wir haben hier zu 95% Frauen, die in erster Linie damit ihr Haushaltsgeld aufbessern wollen. Für sie ist es nicht so sehr wichtig, ob sie ein paar Pfennig mehr oder weniger verdienen. Es ist aber ein Unterschied, ob jemand von dem verdienten Geld direkt abhängig ist oder nur zur Aufbesserung des Taschengeldes ver- dient.

Mein Arbeitsbereich ist die Fleisch- und Würstchenabteilung, meistens bediene ich dort die Kunden. Wenn ich den Metzgermeister über-

Sozialdemokraten im Ortsverein Arolsen in Folge des Ausschlusses Benneters, sich ei- nes mäßigleigen linken Genossen, zu entledigen der ihre Auffassung über die Bundeswehr nicht teilen kann. Der in seiner Mehrheit rechte Vorstand stellte den Vorsitzenden der JUSO-AG vor die Wahl, sich von seinen Positionen zu distanzieren, die im Übri- gen mit offiziellen Juso-Positio- nen übereinstimmen, oder man würde gegen ihn ein PO-Verfahren beantragen. Fer- ner wurde verlangt, daß sämtliche Juso-ver- öffentlichungen bis hin zu Briefen, die der Ju- so-vorsitzende in seiner Eigenschaft als Juso- Funktionär schreibt, dem Parteivorstand zur Genehmigung vorzulegen sind.

Es gilt gegen diese wie weitere in anderen UBs vorgefallenen Zensur- und Einschüchterungsversuche ent- schiedenen Widerstand zu leisten. Es darf kein Fuß breit von den Prinzipien der innerparteilichen Demokratie abgewichen werden. Dies kann aber nur erreicht werden, durch eine breite Verankerung der Jungsozialisten und ihrer Ideen in der Arbeiterklasse, d.h. in weiten Teilen der SPD und der Gewerkschaf- ten.

Nur auf der Grundlage eines Programms, das sich ganz konkret und praktisch an Jungarbei- tern, Lehrlingen und ihren Problemen orien- tiert, werden wir eine Mehrheit für klare, sozialistische Ideen gewinnen können.

Am Montag, dem 4.7.77 fand eine Sitzung des UB-Vorstandes der Partei statt, auf der endgültig über Druck oder Nichtdruck der Kernkraftstudie der Jungsozialisten

fällt, muß ich schon Vorarbeiten leisten, zum Beispiel Kotelettreihen von über 1,50 m hæk- ken - gleich 40 Stück auf einmal. Wenn man als ungelernete Kraft so 4 bis 5 Reihen ge- hackt hat, dann tut einem der Arm ganz schön weh, von Kleinigkeiten wie Schnittzel schneiden ganz abgesehen. Alles ist eine große körper- liche Anstrengung. Es gibt allgemein keinen Anlernprozeß, und wer nicht sofort alles be- greift, darf nur das machen, was die anderen nicht machen wollen, das unannehme. Als Jungste im Betrieb habe ich so ohnehin einen schweren Stand. Wer nicht genug Durchset- zungsvermögen besitzt, der wird von den lei- tenden Angestellten sehr leicht ausgenutzt. Es ist ein Skandal, daß ein Metzger bei uns DM 2.500, -- bis 3.000, -- netto verdient, aber er stelltvertretende Arbeitskraft für diesel- be Arbeit wie er nur DM 8, -- Zuschlag pro Tag zu ihrem Lohn bekommt. Für einen Metz- ger ist die Arbeit ohnehin leichter auszufüh- ren als für eine ungelernete Kraft. Nach einem halben Arbeitstag bin ich dann ganz schön abgespannt und körperlich nicht in der besten Verfassung. Im Arbeitsvertrag haben wir eine Klausel, daß jeder Arbeitnehmer verpflichtet ist, Mehrar- beit zu leisten. Ich habe eine Halbtagstätig- keit angenommen, um mich in der anderen Hälfte meiner Familie zu widmen. Wenn aber einmal Kräfte im Betrieb ausfallen, dann müs- sen immer die, die am kürzesten da sind, ein- springen.

Bei uns sind alle in der Gewerkschaft HBV. Von den Gewerkschaftsleuten hören wir jedoch immer nur dann etwas, wenn Wahlen vor der Tür stehen. Die kommen dann mit der Wahl- urne in die Betriebe und fordern Dich auf, einen Vorsitzenden zu wählen, den Du nicht kennst. Die Konsequenz für mich im letzten Jahr: Ich habe mich enthalten, weil ich ja von diesem nicht sagen kann, ob er 100% ig meine Interessen vertritt. Dies hat man allseits kri- tisiert.

Ich finde, die Gewerkschaft sollte dafür sor- gen, daß ungelernete Kräfte vernünftig ausge- lernt werden. Das Interesse für den Betrieb und besonders für Lohnerrhöhungen sollte ge- weckt werden. Die von der Gewerkschaft sollten in die Be- triebe gehen und die Leute fragen, ob sie mit ihrem Lohn zufrieden sind, und die werden dann feststellen, daß dies nicht so ist, klar mit DM 4,97.

An jedem Monatsersten regen sich die Leute wegen der Abzüge auf, aber noch nie hat je- mand die Idee gehabt, dies durch Eigenmitta- tive zu ändern.

Die meisten Leute hier im Betrieb sind CDU-

entschieden werden sollte. Nach harter, teilweise heftiger Diskussion stellte der UB-Vorsitzende Böckemeier (MdL) den An- trag, die Studie abzulehnen, da die politi- schen Aussagen, insbesondere die Forde- rung nach Verstaatlichung der Energiewirt- schaft unter Arbeiterkontrolle mit sozialde- mokratischen Grundsätzen nicht zu verein- baren seien.

Der 13köpfige Vorstand konnte sich dem Antrag seines Vorsitzenden nicht anschlies- sen. Böckemeier stimmte allein als einziger für seinen Antrag. Auch der Antrag, einige Formulierungen der Studie wie "bürgerli- cher Staat" von den Jusos selbst in Eigen- zensur entfernen zu lassen, erhielt keine Mehrheit. Nur 5 Genossen stimmten für diesen Antrag. Die Mehrheit des Vorstandes (8) konnte in dem Papier nichts für sofor- tiges entdecken und stimmte für soforti- gen Druck und innerparteiliche Diskussion der in diesem Papier vertretenen Auffas- sungen. Ein Genosse zu Böckemeier, als die- ser sich über die Forderung nach einer de- mokratisch gelenkten Wirtschaft erregte: "In welcher Partei sind wir denn hier, ich denke wir sind immer noch für den Sozialis- mus, oder?"

Diese Sitzung zeigt deutlich, daß die Basis in der SPD wacher und für politische Diskus- sionen sensibler geworden ist. Der Versuch Böckemeiers, unsere dadurch abzuqualifizie- ren, indem er sie in die Ecke der K-Grup- pen stellte, zog nicht mehr.

K. W. WOLFF

für, daß ich in die SPD eingetreten bin, daß ich hinter der Argumentation der SPD stehe, und sie als Arbeiterpartei auch am ehesten in der Lage ist, meine Interessen zu ver- treten.

Ich habe aber noch nicht viel gesehen, daß sie sich für jugendliche Arbeitnehmer einsetzt. Die zuständigen Minister machen nicht viel. Sie segnen immer nur, daß zu wenig Geld da ist und darum die Belange der Jugend zurück- stehen müssen. Oft sind Durchgangstraßen wichtiger als Kindergärten und Spielplätze. Die Leute an der Spitze der SPD kennen die Alltagsprobleme der Arbeitnehmer nicht, man mußte ihnen Beispiele vor Augen führen, da- mit sie eine Ahnung kriegen, was wirklich los ist.

Dies wäre eine Aufgabe für VORAN! In jeder Ausgabe mindestens zwei Beispiele anzufüh- ren, und die Leute, die diese Beispiele brin- gen, müssen dazu stehen, sie müssen sagen, wie es in den Betrieben wirklich aussieht. Der Einzelne im Betrieb ist machtlos, weil der Chef ihn allein leicht feuern und durch je- mand anderes ersetzen kann, aber alle auf einmal kann man nicht feuern. Wir müssen darum die Leute wachrütteln und auf ihre Interessen aufmerksam machen. Petra Hoffmann

USA - Bollwerk des Kapitalismus?
In normalen Zeiten scheint es so. Aber wehe es kommt etwas dazwischen. So zeigte die Schneefallkatastrophe des letzten Winters deutlich, wie anfällig das System in den USA ist. Ein weiteres Beispiel hierfür wurde jüngst im Zusammenhang mit dem Stromaus- fall in New York geliefert. Ihn nutzten die Ärmsten der Stums dazu, Geschäfte zu plün- dern. In der Bronx (Stadtteil von New York) war in einigen Straßen kein einziger Laden mehr halt. Die Schäden bezifferten sich auf mehrere Millionen Dollar. Offizielle Stellen sprachen von "der Rache der Armen an den Reichen".

So sehr Plünderereien auch zu mißbilligen sind, so sehr zeigen sie, wie es im "Land der un- begrenzten Möglichkeiten" unter der Oberflä- che gärt.

SPANIEN Ein Sozialist schreibt uns:

Bei den ersten Wahlen nach 40-jähriger Franco-Diktatur haben die Arbeiter- partien insgesamt gut abgeschnitten. Durch Manipulationen konnte zwar das Zentrumsbündnis von Suarez die Wahl gewinnen, doch die Sozialistische Arbei- terpartei (PSOE) ist auf Anhieb zur stärksten einzelnen Partei des Landes geworden - mit runden 30 % der Stim- men. In den Großstädten setzte sich die PSOE von den anderen Parteien klar ab: 36% in Sevilla, 35% in Zaragoza, 38% in Jaen, ein überwältigender Sieg in Barce- lona. Diese Großstädte werden mit die Schlüsselpunkte des zukünftige politischer Lebens sein.

Die Kapitalistenklasse hofft natürlich, daß alles beim alten bleibt. Tatsächlich blieben die zentralen Hebel der Wirt- schaft in der Hand von wenigen Kapitali- sten und Großgrundbesitzern, bestimmen 100 Familien über unser Schicksal. Suarez ließ sich als großer Gewinner der Wahl feiern. Doch sein Sieg ist illu- satorisch. Wir sahen in diesem Wahlkampf eine breite Massenpolitisierung in Stadt und Land. Die Masse der Zentrumswäh- ler waren Bauern, Kleinhändler und poli- tisch unerfahrene Arbeiter. Ihre Stimme für das Zentrum ist ein erster verwirrt Ausdruck für den Willen nach einer ge- legenden Veränderung der heutigen Ge- sellschaft. Für sie erschien das Zentrum als leichtester und am ehesten annehm- baren Weg unter dem Motto: "Für einen Wandel ohne böses Erwachen."

Die neofrankistische Volksallianz, die die Erben des Franco-Regimes zusam- menfaßt, ist trotz riesiger Wahlpenden geschwächt. Die Massen der Zentrumsw- ähler wußten immerhin, was sie nicht wollen.

Suarez wird in den nächsten Monaten ver- suchen, im Parlament eine Politik gegen den Lebensstandard der Arbeiter durchzu- setzen. Die Arbeiter werden aber sagen, die Demokratie hat unseren Interessen zu dienen. Wir sind nicht bereit, unter der Fahnd der Demokratie eine Fortsetzung der Herrschaft der 100 Familien zu dulden die von niemand gewählt worden sind.



Sozialisten-Führer Felipe Gonzalez

Es ist die erste Pflicht der Arbeiterpar- teien und Gewerkschaften, den Lebensstan- dard der Arbeiter zu verteidigen. Ein Ab- kommen mit dieser Regierung wäre ein Mißbrauch des Vertrauens, das die Arbei- terklasse in diese Genossen setzt. Aber nicht alle Arbeiterführer scheinen dies voll zu verstehen.

So forderte wenige Stunden nach der Wahl der Führer der Kommunistischen Partei, Carillo, eine Koalition zwischen Zentrum und PSOE. Wir müssen ihn fra- gen, wozu wir dann überhaupt den ganzen Wahlkampf gemacht hatten. Nein - eine Politik der Zusammenarbeit der Klassen hat den Arbeitern nichts anzubieten. Anstatt ihre Zeit mit nutzlosen Über- legungen über eine Zusammenarbeit mit den Kapitalisten zu verschwenden, sollten die Arbeiterführer in erster Linie die Arbeiterklasse mobilisieren, sollten sie gegen die Suarez-Regierung innerhalb wie ausserhalb des Parlaments, in den Fabriken und Arbeitervereinen, kämpfen. Die Suarez-Regierung wird angesichts der riesigen wirtschaftlichen Schwierig- keiten sehr rasch verschleißeln. Herbst- stehlen Kommunalwahlen an. Sozialisten- führer Gonzalez hat richtig festgestellt, daß diese Kommunalwahlen so wichtig sind wie die Parlamentswahlen.

Die Arbeiterparteien können leicht die Stadträte aller Großstädte erobern - die Drehpunkte der Opposition gegen die Regierung. Sie könnten starken Druck ausüben, rasch Neuwahlen erzwingen und so einen Sieg der Linken garantieren.

Diese setzt aber voraus, daß die Arbei- terführer keinen Fakt mit der Kapitali- stendassie eingehen, sondern sich zusam- menhalten und für ein sozialistisches Prog- ramm mobilisieren, das allein den Inter-



WELCHES JUNGS PROGRAMM FÜR

SOZIALISME

im Gegenteil nur zur Verwässerung bis An-

be sozialistischer Positionen, zur Handlung
unfähigkeit aus "Rückschritt" auf den "Bünd-
partner", zur Demokratisierung der Massen
schließlich zur meist blutigen Niederlage der
Arbeiterbewegung (siehe z. B. Chile 73, Sp
nen 36).

Die Arbeiterbewegung muß und kann sich n
auf ihre eigene Stärke, nicht aber auf ein f
melles Bündnis mit Vertretern anderer Kl
sen verlassen. Und nur eine entschlossene
Kampfbereite, vorwärtsstrebende Arbeiter
klasse kann die in der Krise verunsicherte
und schwankenden Mittelschichten zu sich
rüberziehen - nicht durch Verwässerung,
durch Anpassung des Programms sondern
durch Aufrechterhaltung klarer, überzeug
der Perspektiven!

In der Praxis sah die Arbeit in den "Stamo
kap"-Hochburgen nicht viel anders aus als
sonstwo kommunal- und hochschulpolitisch
Themen überwogen, wenn sie auch nicht ge
so ausschließlich behandelt wurden wie in d
meisten anderen AGs.

Aus Fehlern lernen

Eigentlich läßt sich schon Anfang 1975 die
vieltätigste Krise bei den Jungsozialisten f
stellen:

- die Theorien der Hauptströmungen entspre
chen, vor allem in Abtracht der Krise,
nicht den Realitäten;
- viele Juso-Funktionäre hatten ihren "Marx
Sessel in gehobenen Parteletagen beendet
(Musterexemplar: Wolfgang Roth, von 19
74 Juso-Vorsitzender, versuchte 1976 auf
SPD-Fachtagungskonferenz in Solingen die
legierten von der Beschlußfassung eines
trags zur Vergeßlichkeit abzuhaken!);
- die Juso-Praxis begann aufgrund falscher
Läussetzungen und fehlender sozialistische
Orientierung langsam zusammenzubreche
(inzwischen sind über 2.000 Juso-AGs ent
gegangen).

Diese Situation bot schon damals die Mögli
keit eines Neubeginns, einer grundlegenden
Umorientierung der Jusos in Erkenntnis b
gänger Fehler. "VORAN" hat dies schon
damals immer wieder gefordert. Jedoch e
entsprechender Anrang wurde noch auf dem
Bundeskongreß 1975 in Wiesbaden als
"Schwachsein" niedergestimmt, in dem es
hieß:

Die Jusos haben sich bisher in der
Hauptweise mit zwei wichtigen, jedoch
nicht zentralen Problemen der gegenwärt
ligen Gesellschaft befaßt. Wenn sie als
politischer Faktor weiterhin Einfluß
haben wollen, so müssen sie ihre Arbeit
an der Basis umorientieren: weg von den
bürgerintitiativen, Kinderspielstätten,
u.ä., zu den Betrieben und Gewerkschafts
ten. In Kontakten mit Gewerkschaftsju
gendgruppen können sie sich ein Bild
von der Lage der Jungarbeiter schaffen.
In Zusammenarbeit mit allen erreichbaren
Jungarbeitern müssen die Jungsozialisten
dann einen Forderungsentwurf erarbeiten -
den, der die zentralen Probleme der
Jungarbeiter, also Arbeitslosigkeit,
Übergrößen, Dauer- und Arbeitslosigkeit,
Entlohnung, Berufsausbildung, bezahlte
Freizeit, Freizeit, Freizeit und Essensgeld,
Wohnungswesen, Weiterbildung, Schüler
und mit konkreten Forderungen den Zusam
menhang mit der Frage einer sozialisti
schen Gesellschaftsstruktur.



Demoralisierung an der Basis

Auch die jungsozialistische Praxis, die sich
mangels klarer sozialistischer Perspektive und
Handlungsorientierung von "oben" auf das Er
ringen kommunalpolitischer Erfolge beschrän
te, brach vielerorts zusammen. Denn derra
tige Erfolge hingen natürlich von ihrer Finan
zierbarkeit ab, und mit der sich zunehmend
verschlechternden Finanzlage der Öffentlichen
auf allen Ebenen dahin.

Dies brachte eine ungeheure Demoralisierung
zahlreicher junger Genossen mit sich.
Keine der derzeit bei den Jusos vorherrsch
den Tendenz en hat vor einer solchen Entwick
lung gewarnt und das Eintreten einer tiefen

Marxisten warnen vor Krise

Wirtschaftskrise aufzeigt, wie dies die
Marxisten um "VORAN" schon 1973 getan
haben. (vgl. Ausgabe Nr. 1/Dez. 73)

Der Rückgang der Aktivitäten und des Einflus
ses der Jungsozialisten ist daher nicht zulezt
auf das Versagen in Theorie und Praxis der
vorherrschenden Juso-Tendenzen zurückzu
führen.

Dies gilt auch für den sogenannten "Stamokap
Pflgel" (dessen Anhänger auch hauptsächlich
aus dem hochschulpolitischen Bereich kom
men). Zwar brachte diese Strömung in man
cher - vor allem in theoretischer - Hinsicht
einige Fortschritte in Richtung auf eine marx
istische Gesellschaftsanalyse. So wurden -
wenn auch reichlich akademisch und abstrakt
- unter dem Schlagwort der "Systemgenese" die
Grenzen der Reformmöglichkeiten in diesem
System aufgezeigt und der Staat richtiggewe
ise als von seinem Wesen her bürgerlich be
für die Interessen der Arbeiterbewegung be
liebig einsetzbar gekennzeichnet. Unter dem
"Stamokap"

Stichwort "Mindestschwelle der Vergesell
schaftung" wurde - zumindest in der Theorie -
deutlich gemacht, daß zur Durchsetzung die
ser Interessen die Übernahme der Schlüssel
len wirtschaftlicher Macht in Gemeineigentum
Voraussetzung ist.

Doch weder die strategischen Konsequenzen
noch die praktische Arbeit der sogenannten
"Stamokaps" gingen von marxistischen Ansät
zen aus:

Dreh- und Angelpunkt ihrer Strategie (am
deutlichsten noch im "Hamburger Strategiepa
pier") ist das "freie Bündnis" aller "nicht-
monopolistischen Schichten" gegen die "Macht
der Monopole. Dies bedeutet nichts anderes,
als das die Arbeiterbewegung in ein Bündnis
mit Vertretern der kleinen, mittleren, ja so
gar größeren Unternehmen eintritten soll -
also Zusammenarbeit der Klassen! Noch nie
in der Geschichte hat eine solche "Volksfront"
zum Sieg des Sozialismus geführt, sondern

Aus allen Kongreß-Ergebnissen war jedoch
von Anfang an ein tiefer Passivismus gegen
über der möglichen Kampfbereitschaft der
Arbeiterbewegung herauszuspüren. So heißt
es z. B. bereits in einer Grundsatzresolu
tion zu "Wirtschaft und Gesellschaft" des
Bremer Bundeskongresses von 1970:

"Keine Vorurteile mobilisieren"

Die effizienteste Möglichkeit gegen
das System vorzugehen, bestünde
zweifellos in seiner Abschaffung,
das heißt in der Substitution von
privater Verfügungsgewalt über
Produktionsmittel durch gesell
schaftliche Verfügungsgewalt. Wir
meinen aber, daß es zur Zeit durch
die Verfüzung der verschiedenen
subjektiven Interessen quer
durch die Klasse der Lohnabhäng
igen und sogar quer durch die ver
schiedensten Schichtungen dieser
Klasse, in der BRD nicht möglich
ist, eine radikale Veränderung zu
erreichen. Es gibt aber sehr viele
Vorurteile die zur Vergeßlichke
itung der Produktionsmittel führen
oder zumindest schrittweise zum
gleichen Effekt und die nicht ohne
Vorurteile mobilisieren wie etwa
eine Entlohnung.

Weiterhin wurde zwar theoretisch immer wie
der auf die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus
abgehoben, doch ging man in der Praxis durch
aus nicht von einer kommenden Krise sondern
vielmehr von einer nahezu unbegrenzten Durch
setzbarkeit von Reformen bis hin zur Überwin
dung des Systems aus.

"Antikapitalistische Struktur reformen" und
"Doppelstrategie" waren und sind die theo
retischen Pfeiler dieser reformistischen Ten
denz der (heutigen EX-) Bundesvorstandslinie
"Demokratisierung des Staates", "Institutions
lenkung", "Vergesellschaftung", ihre grunde
legenden Forderungen. Die Möglichkeit der
Durchsetzung antikapitalistischer Strukturre
formen - d.h. Reformen, deren Inhalte auf eine
Überwindung des Systems abzielen sollen -
und Demokratisierung des Staates - d. h. die
schrittweise Vergrößerung des Einflusses und
der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bewöl
kerung auf das Handeln des bürgerlichen Staates
- mußten sich spätestens mit dem Eintre

Systemüberwindung durch Reformen ?

ten der einschneidenden Wirtschaftskrise 1974/
75 als Illusion erweisen.
Statt Reformen standen seitdem der Abbau so
zialstaatlicher Leistungen und Haushaltskür
zungen auf der Tagesordnung - geschweige
dem antikapitalistische Reformen. Statt einem
Mehr an Demokratie erlebten wir den Abbau
demokratischer Rechte - und auch nicht einen
Schritt vorwärts auf dem Weg zur Umkonto
nierung des bürgerlichen Staates im Interesse
der Arbeiterbewegung.

Der Vorstoß zu Arbeitsfeldern im Pro
duktionsbereich ist weitgehend gescheitert."

Die Ergebnisse der letzten Kongresse lei
sten keine Orientierung der Arbeit..."
("Sozialistische Praxis", Nr. 1, Mai 77)

Derartige - erstaunlich drastische - Sätze
hört man in jüngster Zeit von einer Reihe
führender Juso-Funktionäre, insbesondere von
solchen, die durch aktive Unterstützung dieser
von ihnen nun so hart kritisierten Politik für
die Krise bei den Jungsozialisten verantwort
lich sind.

Vernehmende Anklagen aller bisherigen Juso-
Arbeit, das Schlagwort der "Umorientierung",
sind plötzlich in aller Munde. - oder genauer
gesagt: etwa seit die Unzufriedenheit an der
Juso-Basis nicht mehr zu übersehen war und
zur - wie sich auf dem Hamburger Bundes
kongreß herausstellte; durchaus realistischen
Gefahr für ohnehin wackelige Mehrheitsverhält
nisse werden konnte.

Der 1969 begonnene "Marsch durch die Instit
tionen" ist damit eingestandenormalen in eine
Sackgasse geraten. Als mögliche Lösungen
werden u. a. neue Aktions- und Arbeitsformen,
eine neue "Identifikations" des Verbandes,
die Vorwegnahme von "Verhaltensformen einer
sozialistischen Gesellschaft" bei den Jusos
propagiert.

Nur andeutungsweise wird der wirtschaftli
che und politische Rahmen der Juso-Arbeit an
alysiert. Denn eine "sozialistische Richtungs
organisation" fällt weder vom Himmel noch
schwebt sie im luftleeren Raum.
Um die Fehler der Vergangenheit zu analysie
ren sowie Perspektiven für die zukünftige Ar
beit aufzuzeigen, müssen wir daher die jewei
ligen allgemeinen Bedingungen politischer Ar
beit genauer untersuchen und zugrundeliegen.
Auch die Wende in der politischen Orientierung
der Jusos 1969 ist ohne den damaligen Hinter
grund nicht zu denken:

Rezession 1966/67

Ländern war der Vorbote, der das Ende des
ununterbrochenen gigantischen Nachkriegs
aufschwungs in der westlichen Welt ankündigt
Zum ersten Mal waren erheblich erhöhte Ar
beitslosen- und Preissteigerungsquoten zu ver
zeichnen; der bürgerliche Staat begann bei den
ersten schwachen Anzeichen der Krise mit
dem Abbau demokratischer Rechte (Notstands
gesetz), um sich so die nötige Handhabe für
spätere, heftigere Konflikte gegen die Ar
beiterbewegung zu verschaffen.

Wie in mehreren anderen kapitalistischen Län
dern, so erhoben sich auch in der BRD zunä
chst die Studenten - Barometer gesellschaft
licher Unzufriedenheit - gegen bestehende
Strukturen in Staat und Gesellschaft. 1969 er
schütterten die September-Streiks zur Durch
setzung von Nachschlagforderungen der Arbei
ter in Abtetracht des sich abzeichnenden Auf
schwungs die weibeschworene "Klassenharmo
nie".

Auf dem Hintergrund dieser einschneidenden
Ereignisse vollzog sich der Umbruch im Ju
so-Verband, getragen durch die Aktivisten der
Studentenbewegung. Aber ebenso wenig, wie
die studentische APO (Außerparlamentarische
Oppositio) es verstand, mit ihrer Forderung
en und ihrer Kritik die Arbeiterbewegung an
zusprechen, orientierten sich die Jusos mit
ihrer neuen Führung in diese Richtung.

Die Struktur der Jusos war und ist vornehm
lich von Studenten, Akademikern, Lehrern,
Freiberuflichen, geprägt.

Die ersten Jahre nach 1969 standen im Zeichen
des konjunkturellen Aufschwungs (der vorwie
gend auf einer Ausweitung des Exportanteils
der bundesdeutschen Wirtschaft beruhte); die
SPD/FDP-Koalition trat mit einem Program
ter inneren Reformen an; die Rezession Ende
er 60ger Jahre erschien als vorübergehen
es Zwischenstadium eines ansonsten stetigen wirt
schaftlichen Wachstums.

dieser Phase relativer Ruhe beschäftigten
h die ersten Kongresse der Jusos unter dem
zeichnen eines sozialistischen Anspruchs
der Erarbeitung analytischer Grundlagen
die strategischer Konsequenzen.



DIE

Doch man gefiel sich vielmehr in Auseinandersetzungen um die Einschätzung des Staats, die in ihrer Häufigkeit an den Rand einer Spaltung des Verbandes führten, jedoch von der Juso-Basis in keiner Weise nachvollzogen wurden. Die Verbindung von Theorie und Praxis fand absolut nicht statt. Die Demokratisierung, Verwirrung und Orientierungslosigkeit an der Basis wuchse.

Hinzu kam die sozialdemokratische Regierpolitik, die sich immer offensichtlicher von der Durchführung des '72 verprochenen Wahlprogramms abwandte und eine Politik der Kürzungen mitverantwortete, deren direkt Betroffene die eigene Wähler- und Anhängererschaft war, auf der anderen Seite jedoch Millionenubventionen für Investitionen an Unternehmen austeilte, die zu allem anderen, nur nicht zum gedachten Zweck der Schaffung neuer Arbeitsplätze verwendet wurden.

Auch in dieser Hinsicht wurden zwar hier und da Maßnahmen der Bundesregierung seitens der Jusos kritisiert, doch wurden selten die Grundlagen dieser Politik angestastet, wurde nie eine realistische, umfassende und schrittweise Alternative erarbeitet und gefordert.

In dieser Lage des Verbandes ist es nicht verwunderlich, daß auf dem Bundeskongress '77 in Hamburg die Unzufriedenheit und der Wunsch nach Veränderung durchschlugen und Klaus-Uwe Benneter mit hauchdünnem Mehrheit zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde.

Doch eigentlich schon derselbe Kongress zeigte, wie wenig der oppositionelle Flügel eine echte Alternative darstellte. Statt endlich die brennenden Probleme der arbeitenden Jugend aufzugreifen (Lehrstellenknappheit, Jugendarbeitslosigkeit, Bildungsmisere) orientierte die "Benneter-Fraktion" am Rindfleisch-Komitee-Fragen, standen Personalangelegenheiten wie DKP und Abtüstung im Vordergrund.

Und die Zeit seit dem Kongress stand bisher ganz im Zeichen von Konflikten mit der Par- teiführung; Konflikte, die vom Parteivorstand sichtlich gesucht und die von der in Hamburg unterliegenden Genossen durch öffentliche Dis- tanzierung vom neugewählten Vorstand auch gefördert wurden, zu denen aber auch von der neuen Juso-Führung bereitwillig Anlaß gegeben wurde.

"Fall Benneter"

Wer wie Benneter als frischgewählter Juso-Vorsitzender unter den argwöhnischen Blicken des Parteivorstandes durch die Lande zieht und vielfältige Änderungen von sich gibt, kann sich nicht wundern, wenn die Parteiführung solche Gelegenheiten beim Schopf faßt.

Auseinandersetzungen zwischen einem sozialistisch orientierten Jugendverband, als der sich die Jusos verstehen, und der Parteiführung lassen sich natürlich nie vermeiden, werden jedoch wohl immer zugunsten der Parteiführung ausgehen, wenn sie sich an abstrakten organisatorischen Fragen hochziehen.

Der Kampf um die Gewinnung "sozialistischen inhaltlicher Auseinandersetzungen, ständigen Argumentierens und geduldrigen Überzeugens auch der älteren Genossen ausgetragen werden. Nur eine solche Arbeit, die breite Verankerung bei der arbeitenden Jugend und die Gewinnung zumindest seiner Respekt großer Teile der Parteibasis, schützen vor administrativen Maßnahmen von oben. (Dies ist eine durchaus realistische Einschätzung, auch wenn die EX-Bundesvorstands-Anhänger das Argument, man müsse an inhaltlichen Fragen Konflikte durch- stehen, oft nur als Vorwand mißbrauchen, keine Solidaritätskampagnen in Sachen Benneter durchzuführen.)

Vor dem Hintergrund dieser sich seit 1975 zunehmend verschärfenden Krise bei den Jungsozialisten und sicher auch in Anbetracht ihrer Niederlage in Hamburg versuchen nun nicht-ummaßgebliche Genossen der führenden Bundesvorstandsliste neue Wege und Möglichkeiten für die zukünftige Juso-Arbeit aufzuzeigen, Hand in Hand zusammengefaßt in dem "Thesen zur Arbeit der Jungsozialisten" im Heft I ihres neugeschaffenen Magazins "Sozialistische Praxis".

Zweck ist werden hier eine Reihe von Fehlentwicklungen früherer Jahre genannt, die durch- aus auch aus alten "VORAN"-Ausgaben stam- men könnten:

da wird festgestellt, man habe "ständig bürokratische Parlamentarier" herangezogen; der Verband sei "hierarchisch organisiert"; die Basis der Jusos habe "zu wenig Einfluß auf die Diskussions- und Entscheidungsprozesse im Verband"; die "Verankerung in der Partei" habe "in den letzten Jahren stark nachgelassen"; man erkenne "resigniertes Zurückziehen vieler Genossen und sogar "strategisch falsche Politik".

Doch andere "Ursachen" der Juso-Krise, die die Autoren dieser Thesen heranziehen, erschöpfen sich eher in Fragen der Arbeits- formen und sind zudem nicht zutreffend.

So wird vielen jüngeren Mitgliedern unter- schoben, sie orientierten sich "nach überwiegend emotionalen Gesichtspunkten" an bestimmten Tendenzen, deren theoretische Grundlagen ihnen ohnehin "nur in Ansätzen bekannt"; seien - eine reichlich arrogante Einschätzung von Genossen, die in der Vergangenheit selbst nicht gerade Musterbeispiele sozialistischer Orientierung waren.

Darüberhinaus fühlten sich die einzelnen Mitglieder mehr "als Angehörige der jeweiligen Juso-Fraktionen denn als Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD", heißt es vorwiegend in den Thesen.

Was ist so ungewöhnlich daran, wenn man sich dem enger verbunden fühlt, der dieselben oder ähnliche Auffassungen vertritt wie man selbst? In der SPD und ihrer Jugendorganisation fanden immer Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung statt, die um die mehrheitliche Anerkennung ihrer von ihnen für richtig gehaltenen Positionen rangen. Solange diese Auseinander- setzungen sachlich, fair und offen bleiben, ist dies nichts Negatives sondern ein notwendiger Klärungsprozess.



(Im Übrigen hält sich zumindest ein Genosse aus der Autorengruppe dieser "Thesen" nicht an diese eigene Forderung: Dittmar Gatzmaga ist Mitglied des Juso-Bezirksvorstands Nieder- rhein, in dessen Namen der Bezirksvorsitzende Dettler Samland nach der Wahl Benneters in einer öffentlichen Stellungnahme den Verband für gespalten erkläre. Wenn das kein Gruppen egoismus und unsolidarisches Verhalten gegen über dem Gesamtverband ist ?)

Weiterhin wird in den Thesen die "Produktion von Anträgen, Grundsatzklärungen und die Herausgabe von Presseerklärungen" geradezu verurteilt; "Politik machen" beschränke sich bei Jusos "auf Sitzungen und Konferenzen" und stabilisiere so "bürgerliche, unsolidarische Verhaltensformen".

Hier steigt die Vermutung auf, daß äußere Formen für falsche oder fehlende Inhalte verantwortlich gemacht werden sollen. Welche anderen Formen gibt es denn außer "Sitzungen und Entscheidungen zu kommen? Natürlich "Anträge", "Konferenzen", um zu Beschlüssen und Entscheidungen zu kommen? Natürlich dürfen sie nicht zum Selbstzweck werden sondern müssen Mittel zum Zweck sein, Beschluß- se müssen auch konkret nach außen hin umgesetzt werden.

Formen oder Inhalte ändern

Doch auch dabei sind z. B. nicht die Form der Presseerklärung, sondern deren Inhalt sowie deren entscheidend. Wenn zum Beispiel zum Druckerstreik '76 eine Pressemitteilung herausgegeben wurde, so ist dies keine negative sondern eine durchaus positive Erscheinung. Wenn es aber - wie in diesem Fall geschehen - bei einer solchen Erklärung bleibt und nicht weitere Aktivitäten folgen, wie z. B. Mobilisierung des Verbandes zur Kontaktaufnahme mit den Streikenden (Einladung Betroffener zu Juso-Veranstaltungen),

Diskussionen im Verband über die Bedeutung gerade dieses Streiks im Hinblick auf Durchbrechung der "Lohnleitlinie" und angebb- licher Verletzung der Pressefreiheit evtl. Durchführung einer öffentlichen Podiumsdiskussion auf Bundesebene weitere Herausgabe eingehender Stellungnahmen zu Einzelaspekten des Streiks durchgehende Unterstützung der Streikenden auch durch materielle Hilfe (z. B. bei Erstellung von Flugplakaten, Veröffentlichungen je- der Art, durch Sammlungen usw.),

Weitergehende Arbeit setzt natürlich, wie schon dieses eine Beispiel möglicher Aktivitäten zeigt, eine grundlegende Umorientierung des gesamten Verbandes in Richtung arbeiten- de Bevölkerung, vor allem Jungarbeiter, so- aus "Themen, die wie beim Druckerstreik so- nebenbei in Pressemitteilungen abgehandelt wurden, gehören ständig auf die Tagesordnung eines Jugendverbandes mit sozialistischem Anspruch! Hier liegt die eigentliche Misere, nicht

bei der Produktion von Presseerklärungen inhaltlich.

Eine derart oberflächliche, von Äußerlichkeiten ausgehende Analyse kommt auch bei den im letzten Kapitel der "Thesen für die Arbeit der Jungsozialisten" behandelten Alternativen "Vorschlägen zum Ausdruck. Unter den "konkreten Vorschlägen" der Autoren befinden sich vorwiegend solche, die sich mit neuen Arbeitsformen betreffen:

Durchführung gemeinsamer Veranstaltungen, die jedoch nicht nur Sitzungen und Konferenzen sondern "Aktionen", "Straßentheater", "gesell- liches Beisammensein" u. ä. umfassen sollen; Verstärkung der Arbeit in Sammlaren, da hier "ohne Beschlußzwang" (wo sollen eigentlich die Beschlüsse gefaßt werden?) diskutiert werden könne.

Auch solche Veranstaltungsformen werden an der Oberfläche stecken bleiben und die Krise der Jusos nicht lösen helfen, weil sie an den eigentlichen Ursachen der Probleme vorbeiziele.



"WAS SOLL DAS FAHRT ZUR KUNST?"

"AQUA TUSCH! - DAS IST WIE JUNSO-AKTION"



Dem im mittleren, theoretischen Teil der Thesen bleiben (allen Bekanntheits zu ver- gangenen Fehlern zum Trotz) die Einschätzung der Reformmöglichkeiten im Kapitalismus, die Rolle des Staates, strategische Ansätze - lediglich im etwas wortreicheren Gewand - grundsätzlich dieselben.

"Stamokap" auf Tauchstation

Ein solcher Beitrag ist bisher vom sogenannten Stamokap-Flügel nicht geleistet worden. Positiv muß jedoch vermerkt werden, daß mit diesen Thesen zumindest der Versuch unternommen wurde, zukünftige Wege der Juso-Arbeit aufzuzeigen.

Diese Strömung zeichnet sich überhaupt immer mehr dadurch aus, daß sie in verschiedene Flügel zerfällt; kaum noch klare Positionen vertritt, inzwischen mindestens die Hälfte von dem wieder zurückgenommen hat, was früher die Inhalte dieser Tendenz ausmachte, oft völlig opportunistisches Verhalten an den Tag legt.

Gerade in einer tiefgreifenden Krise des Verbandes vermißt man eine deutliche Alternative von dieser selbsternannten "Juso-Linken". Diese hätte sich stattdessen seit dem Fall Benneter in Schweigen, ist offenbar auf Tauchstation gegangen, um kurz vor z. B. im Bezirk Niederrhein nach der Wahlminderlage der "Linken" gegen die wiedererwählte Samland-Gruppe ein Anhänger eben dieser Juso-Linken, jetzt müsse man erst wieder untertauchen und sich zurückziehen!

Damit ist kein Boden weitzumachen! Die Jungsozialisten kann nur eine grundlegen- de Umorientierung hin zu jungen Arbeitneh- mern aus der Krise führen.

Schlussfolgerungen

Nicht nur die Einschränkung der Arbeitsfel- dung ist vorzuziehen, sondern die totale Ausrich- tung des gesamten Verbandes auf die aktuellen Probleme der arbeitenden und lernenden Jugend!

Erstellung eines Aktionsprogramms, das die wichtigsten Probleme der Jugend auf- greift, grundlegende Forderungen zu ihrer Abschätzung stellt und deren Durchsetzung mit der Frage der wirtschaftlichen und politischen Macht in dieser Gesellschaft ver- bindet

ständige innerverbandliche Diskussionen zu diesen Problemen und ihren Lösungsmög- lichkeiten zusammen mit den Betroffenen

gezielte Kontaktaufnahme und Einladung von Jugendvertretern, Berufsschülern, jugend- lichen Arbeitslosen, usw. zu Juso-Veran- staltungen

Durchführung einer bundesweiten Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit auf Grundlage folgender Forderungen:

z. B. garantierter Mindestlohn von 1.300,-,- DW netto Recht auf einen Ausbildungsplatz für jeden Schulabgänger 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnaus- gleich und Aufteilung der vorhandenen Ar- beit auf Arbeitende und Arbeitslose Verlängerter Jahresurlaub ohne Lohnent- bänden

Recht auf Weiterbildung für alle Diese Forderungen müssen verbunden wer- den mit der Forderung nach Verantwortlichkeit der Schlüsselindustrien, Banken und Versicherungen unter demo- kratischer Arbeiterkontrolle und -verwal- tung Planung der Wirtschaft entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit denn nur auf dieser Grundlage ist es realistisch und möglich, die Jugendarbeitslosig- keit wie die Arbeitslosigkeit generell abzu- schaffen.

Grundlegende Umorientierung nötig

Eine solche Kampagne muß in jedem Umbe- zirk oder Kreisverband durchgeführt werden, die Bezirks-, Landes- und Bundesebene sollte diese Arbeit koordinieren, zusammenfassen, den Erfahrungsaustausch der Untergruppen ermöglichen, Materialien zusammenstellen und der Basis echte Orientierungshilfen und Handlungsanleitungen geben.

Im gesamten Verband muß eine Atmosphäre herrschen, in der sich junge Arbeiter wohl- fühlen, in der sie merken, daß ihre Proble- me ernst genommen und aufgegriffen werden, in der sie sich als politische Gesprächspart- ner und Mitkämpfer verstehen können und nicht als zu politisierende Objekte.

Alternative zur Regierungspolitik

Weiterhin sind notwendig:

- stärkere Hinwendung zur DGB-Jugend, Zu- sammenarbeit auf allen Ebenen (Dieses Feld wird vielerorts fast vollkommen der SDAW überlassen. Es ist die direkte Ver- antwortung der Jusos, daß dadurch viele Jungarbeiter keine Alternative kennenler- nen und in die offenen Arme der DKP laufen - Schaffung eines bundesweiten Juso-Organ- zum allgemeinen Erfahrung- und Meinungs- austausch, in dem jeder Genosse Ar- tikel schreiben kann

- Erarbeitung einer schlußsicheren sozialisti- schen Alternative zur Regierungspolitik; die Jusos müssen klar machen, daß es kei- nen Mittelweg für die Regierung gibt; ent- weder sie beugt sich dem Druck des Kapi- tals oder sie handelt im Interesse der Ar- beiterbewegung; sie wird sich aber in jedem Fall weiterhin dem Druck des Kapitals beu- gen müssen, solange sie die Grundlagen ihrer Macht, das Privateigentum an Pro- duktionsmitteln und die darauf aufbauende kapitalistische Wirtschaftsordnung unange- tastet läßt.

Nur aus dem Marxismus und einer klaren sozialistischen Perspektive kann auch eine solche Juso-Arbeit erwachsen, und nur so kann der Verband aus der derzeitigen Krise ge- führt werden.

Dies ist besonders wichtig, weil in nicht all- zu fernem Zukunft viele fortgeschrittene junge Arbeiter, die bisher vornehmlich gewerk- schaftlich aktiv waren, im Zuge der sich ver- schärfenden Krise erkennen werden, daß po- litische Lösungen notwendig sind und sich in ihrer großen Mehrheit den Jusos zuwenden werden.

Dies ist eine große Chance. Sie muß genutzt werden, um die Jusos zu einem echten Kampfverband junger Arbeiter und Lehrlinge zu machen. Denn wenn die Jugend hinter dem Programm des Sozialismus vereint werden kann, ist ein großer Schritt auf dem Weg in eine bessere Zukunft getan.

Angela Bärker
Lino Vortland
Ulf Rahnsheld

DIKTATUR DES PROLETARIATS?

"Nach der Erfüllung der Aufgaben der Diktatur des Proletariats ist der Sowjetstaat zu einem Staat des ganzen Volkes geworden", so heißt es in einer Verlautbarung der Moskauer Nachrichtenagentur Nowosti, mit der die in der neuen Verfassung vorgesehene Umwandlung der UdSSR von einer "Diktatur des Proletariats" in einen "Volksstaat" begründet werden soll.

Ja, laut ihrer Verfassung von 1936 ist die "Sowjet" union (Sowjet = Arbeiterkräfte) angeblich eine "Diktatur des Proletariats". Ein gutmütiger Beobachter könnte meinen, die Moskauer Ideologen hätten sich damals wie auch heute in einem heillosen begrifflichen Durcheinander befunden, als Realist muß man jedoch das Ganze als planvolles Verwirrspiel erkennen.

Eine Ideologie wird mißbraucht

Durch schamlos-böswillige Fehlinterpretationen der Marxschen und Leninschen Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus, wird heute in der UdSSR versucht, als "Diktatur des Proletariats", d. h. aller Werktätigen, also als Arbeiterdemokratie hinzustellen, was in Wirklichkeit die Diktatur einer kleinen, schätzbaren Funktionäreliquit ist. Mitf man das derzeitige System in der "Sowjet" union jedoch an den Forderungen, die Lenin für die weitere Entwicklung der UdSSR aufgestellt hat, so versagt es kläglich.

Lenins Forderungen

Lenin hat einmal gefordert, daß in einem Arbeiterstaat kein Funktionär mehr als einen fürschichtlichen Arbeiterlohn verdienen darf. Wo sich jemand nur wegen des guten Einkommens um einen Posten reiht, fängt die Entartung an. Wie entartet müssen die sowjetischen Funktionäre sein, die das Vielfache eines normalen Facharbeiterlohnes kassieren.

Unter dieser Koalition, die von der "Nationalen Heilspartei" (Islamisch), der "Gerechtigkeitspartei" (konservativ), der "Republikanischen Partei" (konservativ) und der faschistischen "Nationalen Bewegungspartei" getragen wurde, hatten sich die Ausbeutung verschärft und die Lebensbedingungen verschlechtert. Demonstrationen und Streiks der Arbeiter wurden brutal niedergeschlagen.

Diese Situation zwang die Arbeiterklasse, sich stärker zu organisieren. Bis dahin war der türkische Gewerkschaftsdachverband "Türk-İs" die Hauptorganisation der Lohnabhängigen gewesen. Dieser Verband war nach amerikanischem Muster aufgebaut worden und stand durch Unterwanderung und Korruption weitgehend unter der Kontrolle der herrschenden Klasse; seine Führung ging von einer Politik der Klassenveröhnung aus, was natürlich in der Praxis Zusammenarbeit mit den Vertretern der Bourgeoisie und Unterordnung unter ihre Ziele bedeutete. Doch unter dem Druck der Ereignisse wurden die Arbeiter radikalisiert. Sie suchten einen kämpferischen Ausweg und wandten sich immer stärker dem revolutionären Gewerkschaftsverband "DISK" zu, der wesentlich radikaler Positionen vertrat. Doch auch die Türk-İs Gewerkschaften bewegten sich auf Druck von unten hin nach links.

Auf zunehmenden Streikbewegungen folgten immer schärfere Reaktionen des Staates. So wurden während einem von DISK organisierten Generalstreik gegen die halbmillitärischen staatlichen Sicherheitsorgane 73.000 Gewerkschafter verhaftet! Eine Tatsache, die keiner Gewerkschaft auf internationaler Ebene - auch nicht dem DGB - Anlaß zu Solidaritätsaktionen war!

Doch die Kampfkraft und Entschlossenheit der türkischen Arbeiter wurde durch die Unterdrückung nur noch erhöht. Die 1. Bourgeoisiegriff daher zunehmend zu ihrem letzten Mittel: der faschistischen "Nationalen Bewegungspartei" und ihren "Killertruppen" (so Spitzel), den "Grauen Wölfen", die nicht nur in der Türkei, sondern auch in der BRD linkegerichtete türkische Kollegen bedrohen. Eng verbunden mit der türkischen Geheimpolizei (MIT) sowie auch Teilen der uniformierten Polizei bringen sie durchschnittlich täglich 2 Menschen um.

Der bisher blutigste Höhepunkt ihrer Aktivitäten war die Maidemonstration, bei der sie - geschützt durch Panzerwagen von Polizei in die Demonstrationen züge eindringen und in die Menge schossen. Etwa 40 Menschen kamen ums Leben.

In dieser Situation wäre die Forderung nach einer eigenen Arbeitermiliz die einzige Alternative, denn wo der Staat direkt oder indirekt

Es spricht Bände, daß KP-Generalsekretär Breschnew teure ausländische Luxuskarossen horrt, während ein normaler Werktätiger in der UdSSR jahrelang für einen Kleinwagen schufeln muß.

Wetterhin ist festzustellen, daß das Recht auf



Wahl und Abwahl aller Funktionäre nicht besteht, obwohl es in Anbetracht vaterländischer Fehlleistungen dieser "Elite" der Arbeiterschaft, die zu Mißrenten und Versorgungsgewässen führten, sehr wohl angebracht gewesen wäre, etliche dieser "herrvorragenden Parteiarbeiter" in die Wüste zu schicken.

Aus all dem bisher genannten ergibt sich auch, warum in der "Sowjet" union eine wei-

Gewalt gegen die Arbeiterbewegung ausbricht und duldet, ist Selbstschutz unabhängig. Immer mehr Arbeiter und Bauern suchen in "Türk-İs" - Gewerkschaften sowie des gesamten "DISK" - Verbandes. In ihrem Wahlmanifesten gibt sie auch zum Teil die Forderungen und Hoffnungen der Massen auf, zum Beispiel Verstaatlichung einiger Wirtschaftsbereiche, eine grundlegende Agrarreform, politische Freiheiten, die Reform des Strafrechts (das noch immer nach italienischem Muster z. Z. Mussolinis besteht!), sowie die Legalisierung der Kommunistischen Partei.

Die Wahl brachte dann den Sieg der "Republikanischen Volkspartei" Ecevit's, die jedoch die absolute Mehrheit knapp verfehlte. Dies wird in Anbetracht der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der unsicheren Mehrheitsverhältnisse im Parlament eine Periode politischer Instabilität erdienen. Die erste entscheidende Abstimmung über das Regierungsprogramm hat das Minderheitskabinett Ecevit auch bereits verloren, so daß sich jetzt die Rechtsparteien erneut um die Regierungsbildung bemühen.

Noch hält sich die Armee im Hintergrund, denn noch soll sie nicht als "Retter des Landes" auftreten. Wenn jedoch die RVP nicht auf der Grundlage eines klaren sozialistischen Programms die Millionen Arbeiter und armer Bauern mobilisiert und eine Lösung anbietet, ist ein Militärputsch in absehbarer Zeit durchaus möglich.

Die Forderungen des RVP-Wahlmanifestes sind sicherlich jeder Sozialist unterbreiten, doch sind sie in Anbetracht der Lage des Landes nicht ausreichend: enorm hohe Inflationsraten, mehrere Millionen Arbeitslose, zunehmende Verarmung der Kleinbauern und geringe Sozialleistungen kennzeichnen die Situation. Dazu ist die türkische Wirtschaft stark von ausländischem Kapital abhängig. Riesige Unternehmen wie z. B. "Koc-Holding" (mit Beziehungen zu Siemens und Edelstahlwerken) sowie die "Sabanci-Holding" (Beziehungen zu Bayer und Merck) machen ungeheure Gewinne und lassen die einheimische Industriearbeiter sehr klein. Die Industrie-Arbeiter sind sehr niedrig (billige Arbeitskräfte für ausländische Investoren) der Binnenmarkt dadurch sehr klein. Die industrielle Entwicklung und ein Aufschwung auf kapitalistischer Basis hat dadurch keine Zukunft. Die türkische Bourgeoisie ist zu schwach, eine eigene kapitalistische Entwicklung voranzutreiben und eine stabile bürgerliche Demokratie zu garantieren.

tere Forderung Lenins bisher nicht erfüllt ist, nämlich die, statt durch ein stehendes Heer, durch ein bewaffnetes Volk die Landesverteidigung zu gewährleisten. Ein bewaffnetes Volk würde die Position der herrschenden Funktionäre Schritt für Schritt gefährden, während sie sich jedoch von einem Straßengeleitern Heer verspricht, gegebenenfalls das Volk in Schach halten zu können. Im eigenen Land ist man noch nicht so sehr in diese Verlegenheit gekommen, wohl aber in anderen Ostblockländern. Man denke an die Vorgänge 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn und 1968 in der Tschechoslowakei.

Abschließend zu den wichtigsten Forderungen Lenins, nämlich der nach freien und demokratischen Wahlen und der, daß die Entwicklung nach der Revolution über die Diktatur des Proletariats und den Sozialismus zum Kommunismus hin mit ständigem Absterben des Staates d. h. der Bürokratie eher gehen müsse. Von beidem keine Spur! die Fortschreiten der "Sowjet" union von einer "Diktatur des Proletariats" zum "Volksstaat" - sinngemäße nicht zum Sozialismus - ist im Gegenteil, an dem in der neuen Verfassung deutlich werdenden Konzept der KPdSU-Oberlen klar abzulesbar, mit erheblicher Stärkung der Machtposition des Staates und der Person Breschnew verbunden.

Zukunftsperspektiven

Wenn also die gegenwärtige Entwicklung anhebelte, wäre für die Zukunft der "Sowjet" union ein noch totalitäreres Regime zu erwarten. Die Frage ist nur, ob die Rechnung der sowjetischen Funktionäre aufgeht. Schon vor einiger Zeit hat die Bevölkerung der oben genannten Staaten Widerstand gegen diese entartete, von der "Sowjet" armee importierte Form des Arbeiterstaates geleistet und zumindest in Ungarn einen neuen Weg ge-

TÜRKEI - WELCHE ZUKUNFT?

Vor diesem Hintergrund können daher die Reaktionen der RVP-Wahlmanifestes nur durchgefühlt werden, wenn die Arbeiter und armen Bauern durch die RVP, unterstützt vor allem durch "DISK" und kämpferische Teile der "Türk-İs" - Gewerkschaften, ein umfassendes sozialistisches Programm durchzusetzen. Die Beweidung jeglicher Unternehmer-Ausbauung, die Übernahme der Banken und Betriebe durch die Arbeiterklasse selbst, die Planung der Wirtschaft nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, gehören auf die Tagesordnung des politischen Kampfes in der Türkei. Nur so könnte durch eine planvolle Entwicklung der Landwirtschaft (z. B. könnten den Bauern billige Kredite angeboten werden) und Industrie auch den ärmsten Schichten eine sichere Zukunft garantiert werden.

Doch eine solche Entwicklung in der Türkei ist ohne den internationalen Rahmen nicht zu denken. Denn ein isolierter Sozialismus in einem rückständigen Land kann erst dann geentfaltet werden, wenn der Sozialismus in einem entwickelten Industrieland erkämpft wird. Auf der Grundlage enger Zusammenarbeit wäre es dann möglich auch den Lebensstandard des türkischen Volkes zu erhöhen und mit allen Formen der Ausbeutung endgültig Schluß zu machen.



Auch die Organistat von der deutschen Arbeiterklasse sollten die türkischen Kollegen unterstützen.

Wir fordern:

- Aufklärung über die Lage in der Türkei durch SPD und DGB und vor allem die Jusos!
- Solidaritätsaktionen in der BRD um auch türkische Kollegen einzubeziehen!
- Schutz der türkischen Kollegen vor den "Grauen Wölfen" hier!
- Für eine sozialistische Türkei in einem sozialistischen Europa.



wesen. Ebenso waren während der Zeit der Prager Frühlinge bei der Arbeiterklasse klare Ansätze zur Umorientierung zu erkennen. In allen Fällen war die "Sowjet"führerschaft bemüht, diese positiven Entwicklungslinien schnellstens brutal niederzuknappen. Doch unter der Oberfläche schwelt es wie Erst kürzlich hat die Bevölkerung Polens drastische Preiserhöhungen von Grundnahrungsmitteln zum Anlass nehmend, deutlich gemacht, daß für sie das Maß der Zunahme gestrichen ist.

Dieser Funke der Unzufriedenheit wird ein Tages auch auf die "Sowjet" union überspringen, und dann ist es zweifelhaft, ob sich Mitglieder der Armee dazu zwingen werden, auf ihre eigenen Verwandten schießen.

Stellen Sie sich politisch

PAKISTAN

Der für viele überraschende Putsch durch die Armee in Pakistan war in der Tat der Ausdruck einer gefährlichen Situation für den Imperialismus auf dem indischen Subkontinent. Nur der Staatsapparat in Form von den Streitkräften - und nicht irgendein parlamentarischer Weg - konnte zu einer vorläufigen Stabilität führen.

Selbst die Strategen des Kapitals in der Böhmen erkennen die Bedeutung von politischem Handeln aus jener Gegend. Die FAZ v. 8. 7. 77 "So fern Pakistan von den Zentren der Weltpolitik liegt, die Regierungen der großen Mächte horchen doch jedesmal erschreckt auf, wenn von neuen Verwicklungen und diplomatischen Veränderungen in diesem Land berichtet wird. Pakistan ist ein wichtiger Staat". (Hervorhebung d. v. wichtiger Staat)

Der Putsch wurde durch den offensichtlichen Wahlbetrug Bhuttos angeregt - er hatte selber dafür gesorgt, daß seine Frau auch einen Sitz bekam! - seine überwaltigende Mehrheit war in der Tat eine Machenscha und nicht mehr. Tausende gingen auf die Straßen um dagegen zu protestieren. Es ist das Ausmaß dieser Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern, das den Putsch eigentlich verursachte. Aus den Versprechungen des Meister-Opportunisten Bhutto ist nicht geworden. Der ehemalige Ministerpräsident - selbst Angehöriger einer der "22 Familien" die fast ganz Pakistan besitzen - reiste in dem Bangladeschkrieg mit sozialistischen Phrasen durch das Land und sicherte seine Unterstützung. Doch während den letzten Jahren machte seine Regierung immer mehr Gebrauch von Gewalt gegen politische Opposition und baute sämtliche Rechte ab. Es bisher 50.000 politische Gefangene und 1.000 prominente Politiker und Gewerkschafter wurden ermordet! Schon vor 2 oder 3 Jahren behauptete Ali Bhutto, daß er und 40.000 Parteimitglieder wieder im Amt bestuhtig worden seien! Durch seine berechtigten "Agrarreform" bekamen die Bauern nicht viel mehr als 20% pro Kopf, wogegen Bhuttos Familie mit mehr als 10.000 Hektar auskommen mußte.

Allein die Gewalt der Wahlperiode deutet auf die kommenden Stürme hin. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten sind auf kapitalistischer Grundlage nicht zu lösen. Sozialistischer Grundgedanke ist es, die imperialistischen Grundgedanken an den Erhaltung und die Entwicklung eines gesunden Wirtschaftsystems. Heute ist es notwendig, daß die Arbeiterklasse eine eigenständige Partei aufbaut, die auf der Grundlage eines sozialistischen Programms die Unterstützung der armen Bauern in Pakistan für ihr Ziel gewinnt und dann gemeinsam mit ihnen den armen Arbeitern und Bauern Indiens die Hand streckt, um den endgültigen Kampf gegen Imperialismus und Kapitalismus auf dem Kontinent anzupacken.

AUSBEUTUNG 1977

Schüler müssen kostenlos arbeiten, um eine Lehrstelle zu bekommen

Der Begriff "Ausbeutung" war vor Jahren in der bürgerlichen Presse und im Rundfunk kaum zu lesen bzw. zu hören. Es ist ja auch nicht verwunderlich, daß in einer Zeit, in der der Lebensstandard stieg, kaum jemand darüber nachdachte, auf welche Art und Weise die Kapitalisten an ihr Geld kommen. Inzwischen aber haben sich die wirtschaftliche Lage und die Lebensumstände fast eines jeden Einzelnen gewaltig verschlechtert. Und plötzlich wird wieder laut darüber nachgedacht, daß es wohl doch Ausbeutung sein könnte, wenn die Arbeitgeber einen großen Prozentsatz des Wertes, den die Arbeitnehmer durch ihre Arbeit schaffen, in die eigene Tasche stecken.

Der WDR ging kürzlich in seinem Regionalprogramm in der Sendung "Hier und Heute" voran, indem im Zusammenhang mit zumindest in Düsseldorf nachgewiesenen Fällen, mit Fug und Recht sogar vor "skandalöser Ausbeutung" gesprochen wurde. In der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt mußten nämlich Schüler, die kurz vor ihrer Entlassung aus der Schule standen vier Wochen und länger völlig unentgeltlich für ihren eventuellen zukünftigen Arbeitgeber schützen, um "ihre Tauglichkeit für eine Ausbildung" nachzuweisen, obwohl ein solcher "Tauglichkeitsnachweis" eigentlich Sache der gesetzlich vorgeschriebenen und bezahlten Probezeit während der ersten drei Monate der Lehre wäre.

Das Ganze wäre wohl im Dunkeln geblieben, wenn es einige Lehrer nicht verwunderlich gefunden hätten, daß plötzlich etliche Schüler um Befreiung von Hausaufgaben baten. Daraufhin gingen die Düsseldorf'er Vertrauenslehrerin Frau Jansen und die Schillervertreter Michael Thomas und Achim Unterberg der Sache auf den Grund und brachten folgende Fakten zu Tage:

- An 13 Schulen, die Antwort gaben (von insgesamt 39 befragten), konnten allein schon 25 Fälle festgestellt werden.
- In 18 dieser 25 Fälle fand eine Bezahlung der Arbeit nicht statt.
- In den meisten Fällen gab es keine Fahrgeldrückerstattung für zum Teil recht lange Anfahrten.



► Ein Düsseldorf'er Arzt beutete sechs Mädchen über 4 Wochen lang an sechs Wochentagen aus, ohne dafür Lohn zu zahlen. Nur eines der Mädchen erhielt schließlich auch eine Lehrstelle.

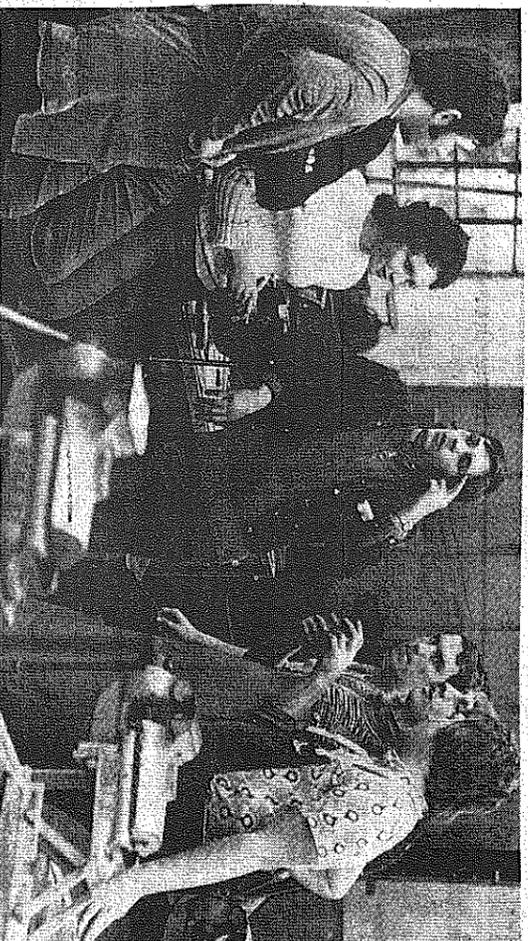
► Ein besonders schlimmer Fall: Ein Schüler arbeitete in einem Betrieb, fiel deshalb in der Schule derart stark ab, daß er den Abschluß nicht schaffte. Er sitzt nun mit den allergeringsten Aussichten, jemals eine Berufsausbildung zu bekommen, auf der Straßel!

So festgestellt von den vorhin genannten Leuten, die deshalb durchaus glaubwürdig sind, weil sie nicht den geringsten Anlaß haben, derart schwerwiegende Vorwürfe gegen Arbeitgeber aus der Luft zu greifen. Nichtsdestotrotz glaubt sich beispielsweise ein Sprecher der Düsseldorf'er Ärztekammer die Unverschämtheit herausnehmen zu können, alles in Zweifel zu ziehen, weil bisher keine Namen genannt wurden. Wen anders denn? Schließlich bangen die Schüler um die in Aussicht gestellten Lehrstellen, und es ist ihnen deshalb kaum zuzumuten, daß ihre oder die Namen der bewußten Arbeitgeber in der Öffentlichkeit genannt werden.

In der Handwerkskammer Düsseldorf werden die auf den Tisch gelegten Fakten zumindest nicht einfach als ungläubwürdig abgetan, man meint aber, selbst in Anbetracht von 25 Fällen verhältnismäßig von "schwarzen Schafen" reden zu können.

Mehr Bedeutung spricht der Düsseldorf'er DGB-Kreisvorsitzende und SPD-Landtagsabgeordnete Reimann der Sache zu. Er ist inzwischen im Landtag aktiv geworden. Altem Anschein nach wird der Genosse aber hiermit einen recht aussichtslosen Kampf aufnehmen, denn dieser Skandal wird nicht die letzte "Blüte" sein, die der "Strauch", der sich immer mehr verschärfenden Krise des Kapitalismus, hervorbringen wird. Der einzige Weg, der Lage Herr zu werden, ist nicht der, die einzelnen "Blüten" abzureißen, sondern der, schwümmigst den gesamten "Strauch" zu fällen.

Arno Seebacher (Informationen aus "Hier und Heute", 9.11.1977, ARD/WDR-Regionalprogramm)



bildeten. Was mir aufgefallen ist, ist die Tatsache, daß vielen Lehrlingen genaue Informationen über ihren Ausbildungsplatz fehlen und sie somit leichte Opfer für die Ausbildungsbetriebe sind.

Was die ausbildungsstremenden Tätigkeiten betrifft, so kann man das, was ich am Anfang angeschnitten habe, fast schon so nennen. Es kommen dann noch so Sachen wie Werbeprospekte einleiten, usw. Außerdem werden wir, wenn wir gerade in einer Abteilung beschäftigt sind, doch immer wieder dort eingesetzt, wo gerade einer gebraucht wird. Dies ist sogar im Ausbildungsplan festgelegt. Das sieht z. B. so aus, daß, wenn einer gerade in der Abteilung Expedition ist, urplötzlich in die DAFU-Abteilung versetzt wird, weil da einer ausgefallen ist. Diese Versetzungen nehmen in letzter Zeit immer häufiger zu, und sie lassen uns zu keinem ordentlichen Arbeitsfluß kommen. Zuoft darf es nicht vorkommen, sonst kommt die Ausbildungsordnung durcheinander, doch wenn dann einmal einer oder ein paar etwas dagegen unternehmen, werden z.B., die Fahrkosten des 1. + 2. Lehrjahres gestrichen. Dies ist bei uns möglich, da wir ein OTV-Betrieb sind (eine Ausnahmeregelung) und es dadurch noch keine gesetzliche Regelung gibt.

Wie steht es mit der internen und beruflichen Ausbildung? Bei uns ist die interne Ausbildung recht gut, trotz der Mängel, und wir bekommen einen Einblick in die Ar-

beitsweise. Aber wenn es gelegentlich vorkommt, daß die Lehrlinge dem Ausbilder was beibringen statt umgekehrt, dann wird es schon schlimm. Damit läßt sich also erkennen, daß die Qualifikation des Ausbilders sehr zu wünschen übrig läßt, ganz davon abgesehen, daß unser Ausbilder in der Hauptsache die Reklamationsabteilung leitet, die Ausbildung der Lehrlinge läuft für ihn nebenbei.

Mit der Berufsschule ist es nicht viel anders. Man bekommt halt die kapitalistische Produktionsweise voll eingehämmert und für einen Sozialisten ist dies echt schizophran. Daß zudem öfters Unterrichtsrumden ausfallen, ist, soweit ich das sehe, keine Selbenaheit. Fragen in deinem Betrieb eigentlich ebenfalls Lehrplatzkürzungen statt? Lehrplatzkürzungen gab es auch bei uns, und es gibt sie noch. Als ich anfang, wurden noch 10 angeboten. Letztes Jahr standen noch 6 zur Verfügung. Dieses Jahr sollen es 5 werden. Die Begründung lautet folgendermaßen: Die Lehrlinge bleiben ja nach der Ausbildung sowieso nicht,



- V: Fanden in deinem Betrieb eigentlich ebenfalls Lehrplatzkürzungen statt?
- G: Lehrplatzkürzungen gab es auch bei uns, und es gibt sie noch. Als ich anfang, wurden noch 10 angeboten. Letztes Jahr standen noch 6 zur Verfügung. Dieses Jahr sollen es 5 werden. Die Begründung lautet folgendermaßen: Die Lehrlinge bleiben ja nach der Ausbildung sowieso nicht,

Lehrzeit - nichts verändert

Interview mit Gernot Gernot
SPD - OV - LOHOF, Mitglied SID - Die Falken, Ortsgruppe München-Schwabing, Mitglied des Kreisjugendausschusses der OTV-München, Mitglied des Sozialistischen Schülerbundes/München
Lehrzeit in einem Münchener Pharmazie-Gesellen-Großbetriebes

VORAN: Gernot, wann hast du deine Lehre begonnen?

Gernot: Ich habe meine Lehre als Großhandelskaufmann in der Pharmazie im September 1974 begonnen.

V: Mit welcher Erwartung hast du deine Lehre damals begonnen?
G: Meine Erwartungen waren nach den Schilderungen des dortigen Ausbildungsleiters die, daß ich meine, einen kaufmännischen Beruf lernen zu können und hauptsächlich Bürotätigkeiten.

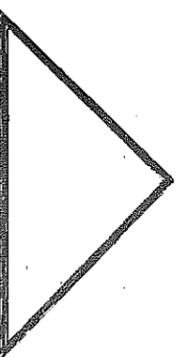
V: Wie sah deine Ausbildung in diesem Betrieb eigentlich aus? Waren ausbildungsfördernde Tätigkeiten dabei oder nicht?
G: Als ich meine Lehre antrat kam ich als erstes in ein Lager. Dort hatte ich dann "16 Monate" die gleiche Arbeit zu machen, wie die Anderen, nur mit dem Unterschied, daß die Anderen das 3fache von dem verdienten, was ich bekam.

V: Du wurst demnach 16 Monate lang nur eine billige Arbeitskraft.
G: Absolut. Und nicht nur billig, billigt Die Tätigkeit sah so aus, daß ich Aufträge für die Apotheken an einem Rollband zusammenstellen mußte. Im Lehrplan lief das unter "Kennenlernen der einzelnen Artikel", bei 60.000 Stück ein glatter Witz.

V: Wie ging's dann weiter?
G: Ab Mitte des 2. Lehrjahres kam ich dann ins Büro. Dort bekam ich dann ein wenig Ahnung von der kaufmännischen Tätigkeit und Verwaltung. Auch im 3. Lehrjahr auf dessen Ende ich jetzt zugehe, mache ich praktisch die selben Tätigkeiten wie die Ausge-

Alle VORAN-Leser werden deshalb aufgefordert, Solidaritäts-Spenden zu leisten.
MAGNET'S MOGLICHST MORGEN!

Das vom MAN-Betriebsrat umgerichtete Konto:
Vertrauenskörper Herr IG Metall, KAN-Hamburg, Rolf Rinaar, Bank für Gemeinwirtschaftliche Handlung, Konto-Nr. 1399 10 65 001.



Kein Wunder: Es wird zwar gesagt daß wir übernommen werden, aber nur ins Lager und für die Tätigkeiten haben wir 3 Jahre gelernt? Da ka ich unsere Lehrlinge gut versteht daß sie nicht bleibend, denn sonst hätten sie ja keine Ausbildung man brauchen und gleich Hilfsarbeiter werden können.

V: Wie sah es eigentlich mit dem Verdienst und vor allem der letzten Lohnerhöhung aus?
G: Ich verdiene zur Zeit 420 brutto, heißt, mir bleiben nach allen Abzügen DM 350,-. Für Lehrlinge springt nach den Tarifverhandlungen in vier raus. So blieb es für uns nach der letzten Lohnerunde bei ganzen DM Von 415,- auf 420,- Mark. Es sind für uns nicht einmal die 5,8% der better erreicht worden. Solche Sachen sind dann noch zusätzlich zu begründen, da in Bayern alle pharmazeutischen Großhandlungen der OTV Mitglieder sind, denn wären wir wie üblich bei der HBV, dann sähe es was besser aus.

V: Eine abschließende Frage Gernot, Meinste du, daß sich die Lehrlingsausbildung in den letzten Jahren gebessert hat und ob sie sich noch bessern wird?
G: Im großen und ganzen kann man ruhig sagen, daß sich in den letzten Jahren nicht viel geändert hat, trotz Jugendarbeitschutzgesetz und Ausbildungsordnung und dergleichen. Es ist im Endeffekt alles beim Alten geblieben und ich habe kaum die Hoffnung, daß es sich wesentlich bessern wird.

Spendenaufruf!
SOLIDARITÄT MIT DER MAN-BELEGSCHAFT

VORAN

MITBESTIMMUNG OHNE KAPITAL

Menschliche Arbeit

im Kapitalismus?

Arbeit — Wer trägt das Risiko?

"In einer Abteilung hier müssen die Kollegen alle sechs Minuten ein Gewicht von 50 kg und mehr mit der Hand heben, obwohl offiziell nur 18 kg zugelassen sind. (Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung) Dies führt zu frühem Lendenwirbelschleif. Jeder zweite Kollege hat einen kaputten Rücken. Da ist nichts mehr zu machen."

Zehntausende, wenn nicht Hunderttausende von Arbeitern können sicher ähnliches aus ihrem Betrieb berichten. Und wer kennt nicht ältere Kollegen, die ihre Gesundheit aufs Spiel gesetzt haben, um auch nur einen etwas besseren Arbeitsstandard zu erreichen? Viele hat die Arbeit buchstäblich kaputt gemacht.

Wenn wir von den heutigen Produktionsbedingungen ausgehen, müssen wir diese kritisch betrachten. Wir müssen die technischen Veränderungen berücksichtigen. Wirtschaftlichkeit und menschliche Arbeitsbedingungen müssen übereinstimmen. Wir müssen menschenwürdige Bedingungen im Betrieb schaffen.

Menschen und Maschinen werden bestmöglich eingesetzt. Wird der Mensch als Person berücksichtigt? Steht nicht die Arbeitskraft des Menschen an erster Stelle? Ist nicht die körperliche Ausbeutung vorrangig? Vielfach steht die Entfaltungsmöglichkeit des Einzelnen hinten an. Die Arbeit ist nur noch Vollzug, vorprogrammierter Ablauf. Die Teilarbeit z. B. bedeutet Einschränkung des Bewegungsraumes, der Blick wird auf den Bewegungsraum beschränkt.

Die Abkapselung des Einzelnen von den übrigen Arbeitskollegen, die seelische Verkümmernung herrschen vor. Längere Arbeiten gleicher Art führen zum frühzeitigen Verschleiß. Der Arbeiter an der Maschine hat kaum oder keinerlei Entscheidungen zu treffen. So nimmt die Fähigkeit zu freien Entscheidungen im allgemeinen ab, ebenso das Verantwortungsgefühl. Die eigene Werteschatzung verkümmert. Die Neigung zur Zusammenarbeit wird geringer. Die Folge ist das Abklingen der Phantasie, Schneller Wechsel der Belegschaftsmitglieder, hohe Krankenziffer, hohe Abswesenheitslisten, sowie relativ häufige Streikereien sind die tatsächlichen Folgen.

SINN DER ARBEIT

Die Arbeit an sich erscheint zu recht sinnlos. Der Sinn der Arbeit liegt für den Arbeiter nicht in ihr, sondern im Arbeitslohn, der zur Befriedigung von Bedürfnissen dient. Also Befriedigung im Bereich der Freizeit, Konsumbefriedigung durch die Arbeit, aber keine menschliche Befriedigung in der Arbeit, eigene Lebensgeschichte außerhalb der Arbeitszeit, verweigerter Leben in ihr. Das sind die negativen Ergebnisse kapitalistischer Produktionstechniken. Die Produktion hat den Menschen, aber nicht der Mensch der Produktion zu dienen. Ist die Humanisierung der Arbeitswelt, ist der humanisierte Arbeitsplatz Utopie? Der menschenwürdige Arbeitsplatz darf keine Utopie bleiben. Die wirtschaftlichen Kosten sind für die Unternehmer nicht vertretbar. Für den Kollegen ist jedoch wichtig, daß die bestehenden technischen und organisatorischen Arbeitsbedingungen daraufhin beurteilt werden, ob die an den arbeitenden Menschen gestellten Anforderungen

ausführbar erträglich zumutbar und zufriedenstellend sind.

SO MUSS ES SEIN

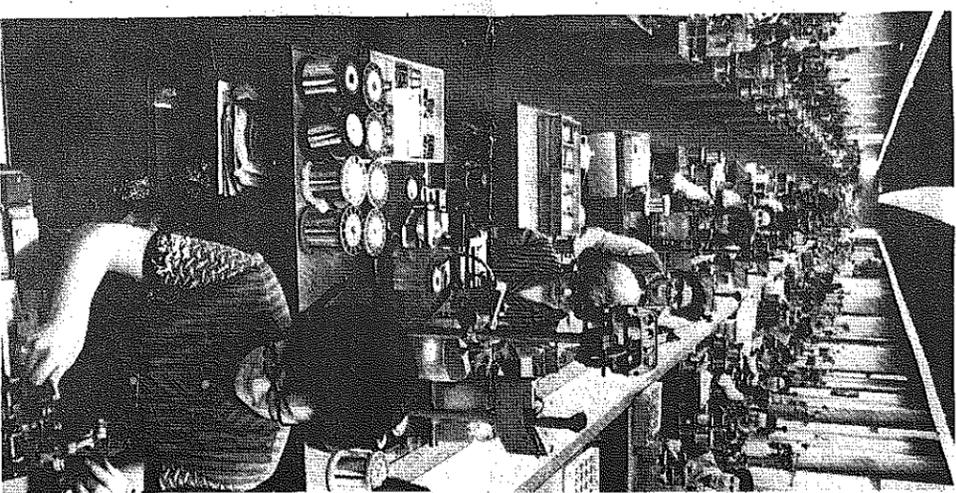
Eine Arbeit ist ausführbar, wenn sie so organisiert ist, daß der Mensch ohne Gefährdung seines Lebens und unter Berücksichtigung seiner biologischen Gegebenheiten tätig werden kann.

Eine Arbeit ist erträglich, wenn der Arbeiter dabei nicht ständig überfordert wird.

Eine Arbeit ist zumutbar, wenn nach Meinung der Mehrheit der Betroffenen unter den gegebenen Umständen gerade noch hingenommen werden kann.

Eine Arbeit ist zufriedenstellend, wenn sich der Arbeitnehmer dabei wohlfühlt. Man könnte sagen, wenn sie dabei gesund bleiben.

Die Weltgesundheitsorganisation erläutert Gesundheit als einen "Zustand vollständigen geistigen, körperlichen und sozialen Wohbefindens", sie besteht nicht nur in der Abwesenheit von Krankheit und Gebrechen.



ABER SO IST ES

Eine Arbeit ist nicht ausführbar, wenn sie nicht richtig organisiert ist und der Mensch ohne Berücksichtigung seiner biologischen Gegebenheiten (z. B. Körperbau) tätig ist.

Eine Arbeit ist nicht erträglich, wenn der Mensch dabei ständig überfordert wird, insbesondere wenn körperliche Kraft statt geeignete Hebelzeuge eingesetzt wird.

Eine Arbeit ist unzumutbar, wenn zu wenig Personal vorhanden ist, die daraus notwendigen arbeitsorganisatorischen Bedingungen von der Heftigkeit bestimmt sind.

Eine Arbeit ist nicht zufriedenstellend, wenn kein Wohlfühl besteht, und eine gesundheitliche Beeinträchtigung zu erkennen ist.

WIR WOLLEN KEINE HELLE WELT SONDERN EINE MENSCHLICHE! Wir wollen nicht nur hart schutzen, um uns die restlichen paar Stunden des Tages über Wasser halten zu können. Wir wollen nicht unsere Gesundheit auf der Strecke lassen, sondern uns in der Arbeit selbst verwirklichen.

Die Kapitalisten brauchen wir dazu nicht. Ohne sie können wir - frei vom Druck des Profits - die Produktion in die eigene Hand nehmen, unsere eigene Initiative voll entfalten und eine menschliche Arbeitswelt schaffen.

Konzertierte Aktion

Einen "völlig normalen Verlauf" nahm die Sitzung der Konzertierte Aktion am 4. Juli in Bonn. So jedenfalls sah es Arbeitgeberboss Hanns Martin Schleyer. Seit 10 Jahren bereits treffen sich die Vertreter der Arbeitgeber, Banken, Bundesbank, Regierung und Gewerkschaften in regelmäßigen Abständen zu solchen Gesprächen, um über die aktuelle Lage der Wirtschaft zu reden. "Völlig normal" waren die Umstände dieser Sitzung jedoch nicht. Die Vertreter der Gewerkschaften waren ihr aus Protest ferngeblieben. Und mit ihnen auch Arbeitsminister Ehrenberg, der sagte, ohne die Gewerkschaften sei die Sitzung sinnlos. Wenn Schleyer von einem "völlig normalen Verlauf" spricht, kann dies nur eines heißen: Ob mit oder ohne Gewerkschaften, es kommt immer nur um eines bei diesen Sitzungen heraus: Appelle an die Arbeitnehmer, ihre Gürtel noch enger zu schnüffeln.

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Vetter, begründete seine Absage mit der Verfassungsklage des Unternehmensverbandes gegen das neue Mitbestimmungsgesetz. Schleyers Verband will nämlich erreichen, daß das neue Gesetz entsprechend "unternehmensgerecht" auslegt wird. Dabei scheint es ohnehin den Arbeitgebern durch das doppelte Stimmrecht des Vorsitzenden und die Sonderstellung der leitenden Angestellten eine Mehrheit im Zweifelstil. Aber dies weiß auch Schleyer. Darum geht es um mehr als nur dieses eine unternehmensfreundliche Gesetz. Es ist sozusagen ein Warnschuß der Bossse: Wenn die Gewerkschaften weiter gehen sollten, als es in diesem Gesetz festgeschrieben ist, dann werden die Schleyers nicht nur die Gerichte anrufen, um sich zu wehren.

"Die Arbeitgeber wollen jede effektive Form der Mitbestimmung ~~wachsam~~" sagte Heinz Oskar Vetter zu recht. Und viele aktive Gewerkschaftler haben auch lebhaft begrüßt, daß die konzertierte Aktion von den Gewerkschaften diesmal boykottiert werde.

Denn die Forderung nach einem endgültigen Austritt der Gewerkschaften aus der Konzertierte Aktion wird in den Gewerkschaften immer lauter. Die Gewerkschaft Holz und Kunststoff und die IG Druck und Papier haben ebenso wie die DGB Bundesjugendkonferenz und die IG Metall-Jugendkonferenz entsprechende Forderungen erhoben. Diese Forderung ist jetzt aktueller denn je. Vetter hat zwar gesagt, daß momentan "kein geeignetes Klima" herrsche, sich mit den Arbeitgebervertretern an einen Tisch zu setzen. Aber hat dem jemals ein gutes Klima geherrscht, damit die Spitzen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden am grünen Tisch bei gegenseitigem Einverständnis Verbesserungen für die Arbeitnehmer beschlossen haben?

Preissteigerungen und Kaufkraftschwund treffen nicht nur die große Masse der arbeitenden Bevölkerung in der BRD sondern auch "VORAN", Papier-, Büromaterial- und Druckkosten steigen laufend. Trotzdem halten wir unseren Preis. Dies ist oft nur durch zusätzliche Spenden unserer Leser und Anhänger möglich. So bilden die Hunderte von Markstücken, die viele Käufer statt der sechzig

Die klaren Worte von Schleyer sind nicht neues. Schon vor gut zwei Jahren sprach anlässlich des DGB-Bundeskongresses ein klare Warnung aus: "Nach Ansicht von Schleyer ist sich der DGB der Gefahr nicht ausreichend bewußt, daß die Gewerkschaften ihre eigene Existenz durch ein zu viel an Macht oder durch quantitative Veränderungen der Wirtschaftsordnung selbst gefährden können." (Frankfurter Rundschau 26.5.75)

Eine echte paritätische Mitbestimmung nach den Vorstellungen des DGB wäre für Schleyer schon dieses "Zwiel an Macht". Denn ein echtes Gleichgewicht von Kapital und Arbeit würde im Zweifelstille heißen, daß die Kapitalseite keine Mehrheit hat, ihre Interessen in der Firmenpolitik durchzusetzen. Die Entscheidungsmöglichkeit der Aufsichtsrates wäre gelähmt, wenn die Arbeitnehmervertreter konsequent ihre Barmittelpressuresuchen des Kapitals nachgehen würden.

Für das Kapital ist ein solcher Zustand tragbar. Deshalb muß mit ihrem schärfsten Widerstand gerechnet werden. Solange die Gewerkschaften sich dem "Gemeinwohl" unterordnen und ihre Führer in der Konzertierte Aktion mitbestimmen können die Herren der Konzerne und Bänke noch getrost von "Demokratie" reden. Die Reaktion von Springers "DIE WELT" das Fernbleiben der Gewerkschaftsvertreter "Die Bundesrepublik ist eine parlamentarische Demokratie... Damit sie es bleibt, ten alle Beteiligten ihr gefährliches Vokabular und das Gespräch suchen. Bei dieser Weisheit innerhalb der Konzertierte Aktion Dies ist eine klare Warnung vor chlamydialen Verhältnissen. Ein weiterer Kommentar überflüssig.

Der Kampf um die paritätische Mitbestimmung ist kein Spaziergang. Er kann nur gewonnen werden, wenn der DGB die ganze Macht organisiert Arbeiterbewegung mobilisiert und in die Waagschale wirft. Erst dann die Bossse besiegt und ihr Widerstand ab den werden. Bloß müssen wir dann fragen: Ist eine solche massive Mobilisierung ausgereicht bei einem Gleichgewicht von Arbeit Kapital stoppen soll? Die Arbeitnehmer haben eine klare Mehrheit, um Entscheidungen in ihrem Interesse durchzusetzen zu können. Aber solange die Kapitalisten den Besitz damit das letzte Wort haben, ziehen wir nur den kürzeren. Deshalb muß der Kampf um die Mitbestimmung unmitteubar weiter gehen hin zur Überwindung der Großkonzernbanken in Gemeineigentum. Erst dann können die Arbeitnehmer aufstehen - und vor hemmenden Druck des Kapitals ecb bestimmen.

Pfennig bezahlen, mit der Zeit eine ganze Sche Summe, auf die wir auch angewiesene sind.

Wir sind keine bürgerliche Zeitung, die anzeigen von kapitalistischen Inserenten hängt ist und oft nicht unerhebliche Summe aus der Industrie erhält. Wir kämpfen gegen diese kapitalistische Wirtschaftsordnung. den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft in der die Arbeiterbewegung die Macht in Händen hält. Dazu ist der Aufbau einer sozialistischen Strömung in der Arbeiterung nötig. Jeder Pfennig und jede Mark dabei hilfreich.

Auch Deine Spende wird dringend benötigt. Kto-Nr. 2422 50 432 Pscha, Essen



ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7,- auf das Postcheckkonto H.G. Öfinger, Postcheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____
Adresse: _____

Redaktion "Voron" 563 Remscheid, Hammesbergertr. 75